

# Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 15. Mai 1930  
12. Jahrgang, Nummer 112

ersch. 10 Mal mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verkaufspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 3,60 Mk., unter Briefband 8,00 Mk. Zusätzlicher Preis: Die gebundene Millimeterzelle oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Kellamerepreis: Die druckfertige Millimeterzelle oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Haupt-Expedition:** Breslau 10, Trebnitz Str. 50, Tel. 500 99.  
**Filial-Expeditionen:** Breslau 544, Woblastion: Breslau, Trebnitz Str. 50, Tel. 239 02. **Spreschzeit der Redaktion:** von 12-14 Uhr, **Montags bis Freitag:** von 17-18 Uhr. **Filial-Expeditionen:** Glatz, Glatz, Tel. 4085; Oppeln, Woblastion: 11, Tel. 1364; Glatz, Glatz, Tel. 2384. **Geschäftszeit:** 8-19 Uhr. **Glatz:** Haupt-Expedition Breslau, Erschließungsort Breslau. — **Verlag:** Schief, Verlagsgesellschaft, m.b.H., Bresl. — **Druck:** „Neubau“, Fil. Breslau, Trebnitz, Str. 50.

## Reichsanstalt beschließt Unterstüchtungsabbau

### Abbau-Vorschläge zur Dedung des 335-Millionen-Fehlbeitrages

Berlin, 15. Mai. Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet, um einen Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Versicherung herbeizuführen. Es handelt sich um einen Jahresfehlbetrag von 335 Millionen, für den ein Ausgleich geschaffen werden soll. Die Vorschläge des Vorstandes der Reichsanstalt, zu denen das Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform vom 20. April 1930 die Ermächtigung gibt, sollen den Fehlbetrag um rund 260 Millionen verringern. Die Verminderung soll in erster Linie durch den Abbau der Hauptunterstützung für die Angehörigen der 5 oberen Lohnklassen bis auf die geltenden Sätze der Krisenunterstützung erreicht werden. Die Regelung für alle Arbeitslosen mit kurzen

Anwartschaften schließt die Sonderregelung des Saisonarbeiterproblems in sich. Mit diesem Vorschlag auf die Senkung der Leistungen hat der Vorstand den Beschluß verbunden, die Beiträge „in Notzeiten“ auf 4 Prozent des Arbeitsentgelts zu erhöhen. Die Ausgaben sollen weiter durch Begrenzung des Unterstüchtungsanspruchs auf Arbeitslose im Alter zwischen 17 und 65 Jahren vermindert werden. Die untere Altersgrenze soll so lange gelten, als in den nächsten Jahren der Arbeitsmarkt der Jugendlichen durch den Geburtenausfall der Kriegsjahre ein Entlastung erfährt. Die Beschlüsse des Vorstandes der Arbeitslosen-Versicherungsanstalt müssen alle Erwerbstätigen und darüber hinaus das gesamte Proletariat zum entschlossenen Abwehrkampf auf den Plan rufen.

Verbandssekretär angestellt ist. Es war eine Stunde über die Kommunistenfrage, vernünftigt mit einigen Jochten. Der Verband zählt 590 000 Mitglieder, 1830 Ortsgruppen; das Vermögen beträgt 3 700 000 Mark. Storbefälle waren 8000 zu verzeichnen. Er schloß mit den Worten: „Im Kampfe sind wir groß geworden, so soll es auch weiter bleiben.“ Da er kein Wort vom Kampf gegen die Kulturreaktion erwähnt, ist der Kampf nur gegen die Kommunisten zu verstehen. In der Diskussion sprachen sich die Delegierten, weil sie fast ausschließlich der SPD. angehörten, anerkennend über die geleistete Arbeit aus. Nur einer hielt die vielen Ausschüsse für bedenklich und verlangte die Wiederaufnahme. Der Delegierte aus Hagen erklärte, die SPD.-Presse sei im Kampf gegen die Opposition vorbildlich gewesen, aber im Kampf gegen die Kirche verfolge sie vollständig. Er selbst habe mehrere Male Artikel eingereicht, aus denen alte marxistische Grundzüge herausgestrichen worden seien wie: „Religion ist Opium für das Volk“ und „Christentum und Sozialismus stehen sich wie Feuer und Wasser gegenüber.“ Im Schlusswort stellte Graul noch mit, daß die Maschinen des Verbandes verkauft werden müßten, da das Defizit immer größer geworden sei. Zum zweiten Tagesordnungspunkt „Die kulturpolitischen Aufgaben“ sprach Sievert. Die Rede soll gedruckt erscheinen, und da sie gewiß zensuriert sein wird, wollen wir einige interessante Punkte herausgreifen. Er erklärte, ein Teil der sozialdemokratischen Presse sei vor der Kirche förmlich auf dem Bauche gerichtet, und man müsse bei dem Studium dieser Presse tatsächlich zu dem Ergebnis kommen, daß für diese Leute Karl Marx und Friedrich Engels umsonst gelebt haben. Zum Schluß erklärte er: „Wir als Freidenker hätten dem Konfessionsstaat nicht nur noch zugehört, wenn wir gehen hätten, daß dabei wenigstens materiell für die Arbeiterklasse etwas herausgekommen wäre.“ Sievert will sich also den Verrat an Grundfragen bezahnen lassen, während seine Ministergenossen ihn ohne Bezahung vornehmen. Zu den Leistungen der verschiedenen sozialdemokratischen Ministergenossen der Vergangenheit erklärte Sievert: „Genossen, unter uns müssen wir zugeben, daß unsere sozialdemokratischen Ministergenossen bisher für die Kirchen schon sehr vieles, aber für die Freidenkerbewegung noch nichts getan haben.“ Wer aber hofft, daß diese eigenen Eingeständnisse des Verrates der SPD. die alte Freundschaft zwischen Freidenkerverband und SPD. irgendwie trüben könnte, der wurde bald belehrt, denn Sievert erklärte zum Schluß seiner Ausführungen: „In unserem Verhältnis zur SPD. hat sich vieles gebessert, hoffen wir, daß das Verhältnis ein noch freundschaftlicheres wird als bisher.“ Bemerkenswert war noch, daß sich Darrwitz, der Vorsitzende der Freidenkerinternationale, der sich gelegentlich als Sozialfreund ausgab, als ganz gemeiner Antisozialist und Kommunistenfresser entpuppte. Er entblödete sich nicht zu erklären, die deutschen Kommunisten arbeiten nur deshalb, weil sie von der Sozialdemokratie mit Geldmitteln ausgestattet würden. Weiter erklärte er, die SPD. habe mit Verbrechen alles „Zimmerreue“ Verbindungen aufgenommen, um die revolutionären Energien dieser Leute zu organisieren. Er erklärte weiter, es habe kein Parteilokommunist in den Reihen des Freidenkerverbandes Platz. Den Antrag der russischen Genossen an die Freidenkerinternationale, eine internationale Kampagne gegen die Papsthege zu unternehmen, habe er abgelehnt, da dazu diese Internationale zu schwach sei.

## Wieder drei Kumpels gemordet

### Das Unglück auf der Gosniga-Grube eine Folge der Rationalisierung

Glabenburg, 15. Mai. Raum sind die Opfer der Katastrophe auf der Gosniga-Grube geboren, kaum sind die Schmerzschreie der Verletzten verhallt, und schon wieder sind auf einer anderen Grube drei Todesopfer und mehrere Verletzte zu verzeichnen. Auf der Gosniga-Grube bei Glabenburg sind am Dienstag drei Kumpels durch einen Pfeilerbruch um das Leben gekommen. Der für die Abstellung verantwortliche Steiger Hoffmann ist ein rücksichtsloser und brutaler Antreiber. Er belegt die Kumpels mit unerhörten Strafen, aber auf den Ausbau der Schächte und Stollen achtet er nicht. Der Pfeilerbruch ist darauf zurückzuführen, daß ungenügend verbaut wurde.

Wieder sind also drei Arbeiter dem mörderischen Rationalisierungssystem zum Opfer gefallen. Die Toten von der Gosniga-Grube sind eine Mahnung an die kapitalistischen Kumpels, mit größerer Energie den Kampf gegen die kapitalistischen Rationalisierungsmethoden und den Terror der Unternehmerlakaien zu führen. Am Sonnabend findet eine Protestkundgebung der Bergarbeiter statt, gegen den Arbeitermord auf den obersteilsten Gruben. Jeder Kumpel, der nicht auf den Kampf um seine elementarsten Lebensinteressen verzichtet und der Unternehmerrückwärts nicht willenlos ausgeliefert sein will, folgt dem Rufe der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition zur Protestkundgebung.

## Zörgiebel verbietet . . .

Berlin, 15. Mai. Der Polizeipräsident teilt mit: „Das nach Auflösung des Roten Frontkämpfer-Bundes gegründete Kampfkomitee, an dessen Spitze der ehemalige Bundesführer des verbotenen Frontkämpferbundes, Max Jendrowski, stand, benutzte seine Veranlassungen im feindlichen Maße dazu, durch Wort und Tat zur Mißachtung des behördlichen Verbots und zur Fortsetzung des Roten Frontkämpfer-Bundes aufzufordern. Die auf den Veranstaltungen gehaltenen Reden sowie die mitgeführten Transparente gipfelten regelmäßig in der Feststellung, daß der Rote Frontkämpfer-Bund trotz des Verbotes weiter existiere, und enthält die eindeutige Aufforderung an die Teilnehmer, auch ihrerseits zur Fortführung des Roten Frontkämpfer-Bundes beizutragen. Da somit der Zweck des Komitees gegen die Strafgesetze vertrieh, hat der Polizeipräsident das Komitee aufgelöst. Gegen Veranlassungen des Komitees, auch unter anderem Namen, wird in Zukunft eingeschritten werden. Auch gegen Abzeichen, Transparente und dergleichen wird vorgegangen werden, die nach ihrer Fassung zur Fortsetzung des Roten Frontkämpfer-Bundes aufzufordern.“ Die „Rote Fahne“ schreibt dazu u. a.: „Einen neuen Schlag im Interesse des Bürgerblods hat Zörgiebel der Arbeiterschaft versetzt. Nicht genug mit dem von Sewering verhängten Verbot des Roten

Frontkämpfer-Bundes, das der Bürgerblod fortsetzt, verbietet Zörgiebel das Komitee, das sich die Aufhebung des Verbotes zur Aufgabe gestellt hat. Dem Polizeipräsidenten, der nach dem 1. Mai 1929 die Lüge von den 14 in den Händen der Schupo verhafteten Arabinern in die Welt setzen ließ, der die Antifaschistische Junge Garde unter dem leuchtendsten Vorwand verbot, daß sie eine Fortsetzung des Roten Frontkämpfer-Bundes sei, kommt es nicht darauf an, eine Unwahrheit in die Welt zu setzen, da es ihm an wirklichen Gründen für den neuen Gewaltstreich fehlt. Es ist nicht wahr, daß das Kampfkomitee „seine Veranlassungen dazu benutzte, zur Mißachtung des behördlichen Verbotes aufzufordern.“ Im Hintergrund stehen die Minister des Bürgerblods und lachen sich ins Häuschen über den dienstbesessenen Sozialdemokraten, der für sie die Kasaniten aus dem Feuer holt. Als das Sozialistengesetz zusammenbrach, war die Partei des Proletariats unter den Schlägen dieses Gesetzes stark geworden. Denselben Erfolg wird Zörgiebel in Berlin haben. Heraus zum Massenprotest gegen das willkürliche Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes und des Kampfkomitees, das die Legalität des Roten Frontkämpfer-Bundes erobern will! Heraus zum Massenprotest gegen den Bürgerblod und seinen Sozialfaschismus!

## Giebersheke gegen revolutionäre Freidenker

Welches Echo die Generalversammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung unter den 600 000 Mitgliedern gefunden hat, war daran zu ersehen, daß ganze 22 Galle und davon noch ein Viertel Pressvertreter auf den Tribünen des Herrenhauses in Berlin, wo diese Tagung stattfand, zu zählen waren. Die kommunistische Presse war nicht zugelassen worden. Man hat sogar einen besonderen Beschluß gefaßt, wonach der SPD.-Presse keinerlei Material zugestellt werden darf.

Männer versammelt sehen, welche ehrlich bestrebt sind, die Rot und das Glied des Volkes zu lindern.“ Wir geben wörtlich die Feststellung des Generalversammlungspräsidenten wieder. Schmidt von der Ortsgruppe Berlin, der die Generalversammlung begrüßte, erklärte, „daß Berlin ein politisch sehr heißer Boden sei und daher sich als Kongressstadt nicht eigne.“ Den Geschäftsbericht gab ein gewisser Graul, der als

## 51-Stunden-Schiedspruch für Metallarbeiter

Halle, 14. Mai. Am Montag fanden in Halle die Schlichtungsverhandlungen in der mitteldeutschen Metallindustrie statt. Nach Stundenlangen Verhandlungen wurde ein Spruch verkündet, der folgendes bestimmt: Die Arbeitszeitabkommen von Halle, Anhalt, Magdeburg und Thale vom 13. Juni 1928 werden wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß allgemein statt 52 Stunden 51 Stunden zu setzen ist. Das Abkommen kann mit vierwöchiger Frist, erstmalig zum 31. Januar 1931, gekündigt werden.

Der Schiedspruch, der die wöchentliche Arbeitszeit von 52 auf 51 Stunden „herabsetzt“ (was die Reformisten vernünftlich noch als großen „Erfolg“ preisen werden), ist eine ungeheure Provokation der mitteldeutschen Arbeiterschaft. Während Hunderttausende auf dem Pfahle liegen, während immer neue Proleten herausrationalisiert werden, sollen die in den Betrieben Verbliebenen 51 Stunden schuften, damit noch mehr Arbeitslose erzeugt werden können und ihnen die Löhne drücken. Zu dieser unverschämten Zumutung ist der Schlichter überhaupt nur auf Grund der Tatsache gekommen, daß die Reformisten, ihrer Grundbestellung getreu, keinen Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit geführt, sondern allgemeine Streifen über die 16-Stunden-Woche gedrohen haben. Für die Proleten kann die reformistische „Logik“ wonach man, weil Kollegen auf dem Pfahle liegen, nicht kämpfen könne und deswegen länger arbeiten müsse, nicht machbar sein.

gründet wurde der Kongreß von allen möglichen Organisationen. Freidenker-Komitee vertrat den SPD.-Wahlverein. Die SPD.-Minister, die zwar jede Kaninchen- und Hundenausstellung begrüßen, festhalten selbstverständlich. Der Absatz ließ durch ein Schreiben erklären, daß er es ablehnen müsse, auf diesem Kongreß zu erscheinen, da er auf die religiöse Einstellung eines Teiles seiner Mitglieder Rücksicht nehmen müsse. Derselbe Absatz hat vor zwei Jahren auf den Kongreß der evangelischen Kirche einen offiziellen Vertreter entsandt, der dort dem Stenogramm nach erklärte: „Es ist das erste Mal, daß seit dem Verbot der Freien Gewerkschaften, seit 54 Jahren, ein Vertreter einen solchen Kongreß besucht.“ Wir sind der Einladung gern isoliert, weil wir hier

## Achtung, Elternbeiratswahlen!

Am 1. Juni finden die Elternbeiratswahlen statt. Zehn Tage vorher müssen die Wahlvorschläge eingereicht sein. Den bürgerlich-sozialdemokratischen Listen stellen die Arbeiterkinder die Listen „Proletarischer Schulkampf“ entgegen. Agitiert überall für rote Elternbeiräte. Unsere Genossen müssen beachten, daß ihre Vorschlagslisten soviel Kandidaten enthalten müssen, wie an den einzelnen Schulen Elternbeiräte zu wählen sind. Es stehen nur noch einige Tage zur Vorbereitung der Wahlen zur Verfügung. Größte Eile ist deshalb geboten! Anfragen und Mitteilung über aufgestellte Listen sind an das Parteisekretariat, Breslau, Oberstraße 23, zu richten.

# Die 2. Internationale fordert zum Sturz der Sowjetregierung auf

## Ein mit heuchlerischen Phrasen verbrämter Kriegsausruf

Die Exekutive der Zweiten Internationale, die es billigt, daß die indischen Freiheitskämpfer von Macdonald mit Fliegerbomben hingehorbet werden, hat einen Aufruf herausgegeben, der an die Arbeiter Russlands adressiert ist, der aber für die Arbeiter der kapitalistischen Länder und für die kapitalistischen Machthaber berechnet ist. Für die Arbeiter der kapitalistischen Länder deshalb, weil in dem Aufruf alle die infamen Verleumdungen gegen die Sowjetunion enthalten sind, die von den Sozialisten seit jeher in die Welt gesetzt wurden. Indem diese Verleumdungen in einem Aufruf an die russischen Arbeiter wiederholt werden, sollen sie in den Augen des Proletariats der kapitalistischen Länder bekräftigt werden.

Für die kapitalistischen Regierungen ist der Aufruf deshalb berechnet, weil er diesen sagt, daß die Führer der 2. Internationale zur Unterstützung des Interventionenstreiches bereit sind. Der Aufruf stellt eine vorbereitende Maßnahme des Interventionenstreiches dar.

Natürlich ist der Aufruf im Hinblick auf die breiten Arbeitermassen, die mit der Sowjetunion sympathisieren, mit heuchlerischen Phrasen verbrämt. So geben die Adler und Macdonald vor, daß sie „die russische Revolution retten“ wollten. Die Wells und Crispian, deren Parteifreunde den KZB verboten haben, die das Republikanengesetz angenommen haben, die Maidemonstranten niederdrücken und Tausende kommunistischer Redakteure in den Kerker werfen ließen, erheben für die Sowjetunion die Forderung: „Freiheit des Wortes, Freiheit der Organisation!“ Dieselben Leute, die in den kapitalistischen Ländern bemüht auf eine Senkung der Löhne und der sozialen Leistungen hinarbeiten, wagen es, zu sagen, daß die Arbeitsbedingungen der russischen Arbeiter ungünstiger seien als die der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern. Diese plumpe Demagogie kann für die Arbeiterklasse nicht den wahren Sinn des Aufrufes verdecken.

Der Aufruf gibt in der Aufforderung, die Sowjetregierung zu stürzen und ein Regime der kapitalistischen Herrschaft aufzurichten, wie wir es in Westeuropa kennen. Dem Proletariat der Sowjetunion soll dieselbe „Freiheit“ besichert werden, wie sie Macdonald den indischen Proletariern zubilligt. Der Aufruf enthält einen regelrechten Operationsplan, in dem es wörtlich heißt:

„Es ist der gemeinsame Wille aller Sektionen der 2. I., die innerhalb der Grenzen der Sowjetunion tätig

sind, einzuvoorzugehen, um einerseits die politischen Einrichtungen des Landes durch die Aufrichtung der vollen Demokratie umzuwandeln.“

Aufrichtung der „vollen Demokratie“ heißt in der Sprache der Führer der 2. Internationale Aufrichtung eines Staates der kapitalistischen Ausbeuter. Dieses Ziel möchten die Adler, Macdonald und Konsorten erreichen.

Die Führer der 2. Internationale wissen aber wie jeder politische Arbeiter ganz genau, daß die Sektionen der 2. Internationale innerhalb der Grenzen der Sowjetunion faktisch nicht bestehen, eine Fiktion sind. An sie zu appellieren, daß sie die kapitalistische Ordnung wieder aufrichten sollen, ist direkt lächerlich. Nichtsdestoweniger ist der Aufruf der 2. Internationale ernst zu nehmen, weil die Aufforderung zum Sturz der Sowjetregierung und zur Aufrichtung einer Kapitalistenherrschaft in Wirklichkeit an die kapitalistischen Regierungen außerhalb der Sowjetunion gerichtet ist. Weil der Aufruf der 2. Internationale, ebenso wie der Papstbrief, eine vorbereitende Maßnahme des Interventionenstreiches bedeutet, deshalb muß die Klassenbewußte Arbeiterklasse den Macdonald-Aufruf als Warnsignal betrachten. Es ist kein Zufall, daß die Führer der 2. Internationale gerade jetzt mit einem solchen Aufruf herantreten, es erklärt sich daraus, daß gerade jetzt die Kapitalisten besonders fleherhaft zum Interventionenstreich gegen die Sowjetunion rufen.

Es gilt, auf diesen Aufruf zu antworten mit einer verstärkten Massenwerbung für die rote Front, die gewillt ist, die Sowjetunion zu verteidigen und vor allem im eigenen Lande die Herrschaft des Kapitals zu bekämpfen. Wenn die Macdonald und Wells gezwungen sind, in ihrem Aufruf bestimmte heuchlerische Phrasen anzuwenden, so bestätigt auch dies, daß breite Schichten bisheriger SPD-Anhänger gegenüber der ununterbrochenen Kriegshetze der 2. Internationale und besonders angesichts der Taten Macdonalds in Indien diesen Führern gegenüber immer mißtrauischer geworden sind. Diese Sachlage gilt es auszunutzen, indem die einfachen sozialdemokratischen Arbeiter über die Rolle der Crispian und Macdonald aufgeklärt werden. Die Arbeiter der Sowjetunion werden den Aufruf mit grimmigem Eifer aufnehmen. Aber notwendig ist es, in den kapitalistischen Ländern die Front zur Verteidigung der Sowjetunion auch durch verstärkte Werbung bisheriger sozialdemokratischer Arbeiter zu verbreitern.

# Das preußische Landwirtschaftskammergesetz

## eine weitere Belastung der bäuerlichen Familienbetriebe

Nachdem der Landwirtschaftskammerausschuß des Preussischen Landtages in seiner ersten Sitzung das Zweiklassenwahlrecht sanktioniert hat, wurde in der Sitzung am Mittwoch, dem 14. Mai, über die Ausbringung der Mittel für die Landwirtschaftskammer beraten. Ebenso wie alle Anträge seitens der kommunistischen Fraktion, die die Aufhebung des Zweiklassenwahlrechts bei den Landwirtschaftskammern forderten, abgelehnt wurden, wurde auch der Antrag der Kommunisten, eine Freigrenze für die bäuerlichen Familienbetriebe zu schaffen, abgelehnt. Als Sprecher der Kommunisten wies der Kleinbauern Genosse Kahmann darauf hin, daß die bäuerlichen Familienbetriebe gegenüber den landwirtschaftlichen Großbetrieben wirtschaftlich viel ungünstiger dastehen. Es sei deshalb eine durchaus soziale Forderung, bäuerliche Familienbetriebe bis zu einem Steuerwert von 25.000 Mark von der Beitragserhebung freizustellen.

Eine rege Debatte entwickelte sich bei der Beratung des § 37. Nachdem der Ausschuß in seiner Mehrheit zu dem vorhin erwähnten Beschluß gekommen war, forderte der Sprecher der kommunistischen Fraktion, Genosse Kahmann, daß in bäuerlichen Familienbetriebe bis zu einem Steuerwert von 25.000 M., die Benutzung besonderer Einrichtungen der Landwirtschaftskammer gebilligt werden zu gestatten sind und daß, um dieses zu ermöglichen, staatliche Mittel in besonderem Maße bereitgestellt werden sollen. Nach der Auffassung der Kommunisten soll die Landwirtschaftskammer dazu dienen, um den wirtschaftlich schwachen Familienbetrieben allseitige Hilfe zu leisten. Daß diese Hilfe notwendig ist, beweisen die zunehmenden Zwangsversteigerungen in den Bauernwirtschaften. So sind nach Ausführungen des Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer Ostpreußens 85 Prozent aller Zwangsversteigerungen in bäuerlichen Familienbetrieben, dagegen nur 15 Prozent in den Großbetrieben erfolgt.

Bei der Abstimmung haben alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten ihre zu diesem Paragraphen gestellten Änderungsanträge zurückgezogen und der kommunistische Antrag wurde abgelehnt.

# „Der Geheimbund“

## Die Justiz als Schutzhund des Faschismus

Am Dienstag, dem 13. Mai, hat in Dresden vor dem erweiterten Schöffengericht ein Monstreprozeß gegen 24 Mitglieder der Antifaschistischen Arbeiterwehr, Dresden, Gruppe Elmerl, begonnen. Von den 24 Angeklagten befinden sich 23 auf freiem Fuß, der Hauptangeklagte, der „Rädelsführer“, Genosse Janny, in Untersuchungshaft. Verteidiger ist der Genosse Rechtsanwalt Dr. Helm. Der Staatsanwalt vertritt folgende Anklage:

Die Gruppe der Antifa hat „rechtswidrige Sonderzwecke“ verfolgt. Sie hat sich einen besonderen Namen zugelegt — „Rote Elmerler“. Die Gruppe hat sich auch „Rote Loge“ genannt. Das Abzeichen ist eine rote Armbinde mit gebrochener gelber Bliz. Die Gruppe ist vereinsmäßig organisiert gewesen. Es steht fest, daß sie Mitgliedskarten ausgegeben und Beiträge erhoben hat. Sie ist — ein „Geheimbund“.

Welchem ordnungsliebenden Bürger läuft da nicht die Gänsehaut über den Rücken. Das Schöffengericht in Dresden rüht zu einer exemplarischen Strafe der Arbeiter, die sich erfrecht haben, sich zum Kampfe gegen den Faschismus zusammenzuschließen. Aber trotz allen Terrors, trotz aller Verbote der sozialfaschistischen Polizeipräsidenten werden die Arbeiter antifaschistische Wehrgeschichten bilden und den Faschismus aufs Haupt schlagen.

# Rot Front — trotz alledem!

Das Komitee gegen das KZB-Verbot hatte zu Freitag, dem 9. Mai, zu einer Versammlung in der „Sängerhalle“ in Nürnberg aufgerufen. Ohne dem Einberufer auch nur eine Nachricht zu geben, verbot die Polizeidirektion die Versammlung und sperrte den Saal zu. Eine Begründung wurde nicht gegeben. Aber die Proleten sammelten sich zu Hunderten am Aufseßplatz und zogen unter Hochrufen auf den KZB und die kommunistische Partei zur Seufzerstraße, wo sich der Zug nach dem Abhängen der „Internationalen“ mit dem Ruf „Der KZB lebt!“ auflöste.

# Winzerunruhen in Germersheim

## Massendemonstration trotz Verbot! Mit Karabinern gegen die Kleinbauern Demagogie der Landvolkführer — Arbeiter, unterstützt die Kleinbauern!

Am Dienstag marschierten trotz Verbot etwa 5000 kleine Winzer zu einer mächtigen Demonstration in Germersheim in der Pfalz auf. Ihre ganze Wut richtete sich gegen die bayerische Regierung, die sie seit Jahren drangsaliziert.

Die kleinen Winzer in der bairischen Pfalz bauen seit Jahren die sogenannte Amerikaner-Hybridrebe an, weil diese ertragreicher ist. Der deutsche Weinbauern-Verband, in dem die großen Winzer vereinigt sind, will diese amerikanische Rebe vertreiben, um ihren edleren Weinorten den Vorrang zu verschaffen. Sie behaupten, diese Amerikanerrebe würde gegen die Reblaus nicht widerstandsfähig.

Auf Drängen dieses Verbandes hat die Hitler-Regierung in Bayern angeordnet, daß bis 1935 die letzten Reben dieser Art vernichtet sein müssen.

In den letzten Tagen wurden nun durch das Amtsgericht Germersheim etwa 400 Winzer mit Strafbefehlen von insgesamt 25.350 Mark bedacht, weil sie ihre Reblöcher nicht vernichten. In die Gemeinden Hagelsbühl und Zogstern wurden allein etwa 150 Strafbefehle erlassen. Ueber diese bauernfeindliche Haltung der Regierung Helldt waren die Winzer außerordentlich empört. In den Dörfern fanden Versammlungen und Protestdemonstrationen gegen diese Regierungsmaßnahmen statt. Es wurde in diesen Versammlungen überall beschlossen, am Montag, dem 12. Mai, in Germersheim vor dem Bezirksamt zu demonstrieren.

Seit den frühen Morgenstunden strömten die Bauern von allen Seiten in die Stadt, die bald einem Heerlager gleich wirkte. Die Kundgebung unter freiem Himmel. Als die Landjäger die Verbotsplakate anbrachten, wurde laut und eindringlich dagegen protestiert. Die Empörung wuchs; die Bauern formierten sich dennoch zu einem Demonstrationenzug. So zogen sie nach dem Bezirksamt.

Die Regierungsvertreter mußten dem Druck der Bauernmassen nachgeben; die Kundgebung auf dem Untpoldplatz wurde genehmigt.

In der Königsstraße kam es zu heftigen Zusammenstößen. Die Gendarmen versperrten mit den Karabinern den Demonstranten die Straße. Die Bauern durchbrachen die Postenkette. Erst nach Einziehung harter Polizeiträfte gelang es, die Demonstranten zurückzuhalten. Der christlich-nationale Landvolkführer und Reichstagsabgeordneter Julier verachtete mit radikalen Redensarten die Bauern zu beruhigen. Er verteidigte die Demonstranten auf die bayerische und die Reichsregierung. Die heuchlerischen Landvolkführer verrieten zum tausendsten Male den Bauern Hilfe. Sie schickten zur Ablenkung vom Kampf Telegramme an die von ihnen beherrschten Reichs- und Landesregierungen.

Nach Schluß der Kundgebung bildeten sich überall Trupps von Winzern, die hart gegen die Landvolkführer Stellung nahmen.

Die Unruhen in Germersheim bekommen eine besondere Bedeutung dadurch, weil die Polizeiaktion gegen die Winzer von der faschistischen Helldt-Regierung in München ausging. Landbund und Faschismus schwören bekunntlich auf die Regie-

rang Helldt. Es ist ferner bezeichnend, daß der Landwirtschaftsminister Dr. Fehr, einer der Führer der Grünen Front, durch seine Verordnungen den Kleinwinzern das Leben zur Hölle macht.

Die Demonstrationen der Kleinbauern und der kleinen Winzer, die in den letzten Jahren stattfanden, sind Zeichen der fortschreitenden Proletarisierung dieser Dorfschichten, die in der Zeit einer weit um sich greifenden Agrarkrise schärfere Formen annimmt.

Die Partei muß dieser Entwicklung im Dorfe daher eine größere Aufmerksamkeit schenken.

Die Partei hat die Aufgabe, das Proletariat aus den Städten mobil zu machen, um mit ihm den Kampf, den die Kleinbauern gegen ihre Feinde, die Kapitalisten und ihre Regierungen, führen, zu unterstützen. Die Arbeiter müssen mit den Kleinbauern zusammen demonstrieren. Hierbei müssen die sogenannten Führer der Grünen Front, wie auch die Sozialdemokraten, die sich heute als Bauernfreunde aufspielen, vor diesen Bauernmassen als ihre schlimmsten Feinde entlarvt werden.

Die Bauern rufen nach der KPD! Wir werden folgen und uns mit ihnen verbünden.

# 1-1½ Milliarde Sozialabbau

## Stegerwald kündigt Erhöhung der Beiträge und Abbau in der Sozialversicherung an — 245 Millionen Mark Abstriche beim Arbeitssatz

Seitern begann der Haushaltsausschuß des Reichstages mit der Beratung des Haushalts des Arbeitsministeriums. Minister Stegerwald, der im Verlauf der Debatte wiederholt das Wort nahm, mußte angeben, daß in der Invalidenversicherung und Wohlfahrtspflege infolge des Tiefstandes der Unterzählungen wesentliche Abstriche nicht mehr gemacht werden können. Dafür bliebe nur Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Die Abstriche, die hier nach Meinung des christlichen Zentrumministers möglich sind, beziffert er selbst auf 1-1½ Milliarden pro Jahr. Seine positiven Vorschläge waren: Ahermalige Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge sogar über das Maß der alten Regierungsverträge von 4 Proz. hinaus, in der Krankenversicherung aber einen Abbau der Leistungen seitens der Krankenkassen.

Namens der Kommunisten kennzeichnete Genosse Schröder den Etat des Arbeitsministeriums als ein sozialreaktionäres Auktariat auf die Arbeitermassen. Schon die zahlenmäßige Minderung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr von 129 Millionen Mark, wie schon die Koalitionsregierung es vorzuziehen, ist ungeheuerlich. In Wirklichkeit aber betragen die Abstriche bei den wichtigsten Positionen, wie Arbeitslosen- und Invaliden-Versicherung, Familienwochenhilfe und Gesundheitsfürsorge,

245 Millionen, also fast ¼ Milliarde.

Schröder erinnerte daran, daß die Forderungen der kommunistischen Reichstagsfraktion auf verkürzte Arbeitszeit, Einführung des Siebenstundentages und Verbot der Betriebsstilllegungen infolge der Sabotage der Sozialdemokratie, des Zentrums und der anderen Parteien gar nicht zur Beratung auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt wurden.

Genau so wurde die Frage der Krisenunterstützung besonders von den Sozialdemokraten behandelt, die jetzt schweigend eine Ausbehnung der Unterstützung fordern.

In der weiteren Debatte setzen sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien für den weiteren Abbau der Versicherung ein Genossin Krenndee

stellte fest, daß heute die Zahl der jährlichen Unfälle um das Doppelte gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen ist. Hinzu kommen die hohen Zahlen der Witwen und Waisen als Opfer des Krieges und die Tatsache der hohen Krankenziffer, die eine Folge des Antreibersystems und der niedrigen Löhne sind. Das sei die Ursache der notwendigen Sozialversicherungsausgaben, die Stegerwald als zu hoch bezeichnet, weil er sich mit der reaktionären Absicht weiterer Abbaumaßnahmen trägt.

Die Sitzung wurde auf heute vormittag 10 Uhr vertagt!

# Waldenburger Bergland

## Sozialdemokratische Betriebsräte hassen den 1. Mai!

A. R. Es ist uns nichts Neues, daß eine ganze Reihe sozialdemokratischer Betriebsräte am 1. Mai gearbeitet haben, zum Beispiel in Charlottenbrunn usw. Im Bergbau muß bekanntlich drei Tage vor dem 1. Mai Urlaub eingeholt werden. Dies geschieht durch Einzelnahme in eine Liste, die der Betriebsrat hat. Wir haben schon darauf hingewiesen, wie die Urlaubsentnahme auf der Melchiorgrube durch sozialdemokratische Betriebsräte sabotiert wurde. Das Kernstück leitete sich der sozialdemokratische Betriebsrat des Holz- und Maschinenverbandes, Ehrler. Dieser Parteimitglied zeichnete sich in die Urlaubsliste ein, sammelte Unterschriften und trieb dann seinen Namen ein. Um nun aber am 1. Mai nicht arbeiten zu dürfen, nahm er sich Ferien. Auf die Straße zur Demonstration oder Klimsim-Umzug der SPD. geht Ehrler nicht. Er gibt offen zu, daß er den 1. Mai hat wie sonst etwas!

Das sind die Leute, die Kritik an Kommunisten wagen und selbst zu feige sind, den 1. Mai zu feiern und zu demonstrieren! Die sammeln Unterschriften und lassen selbst aus Angst, entlassen zu werden.

Wahrlich: Mit diesen Leuten kann die SPD. und die Gewerkschaftsbürokratie Staat machen! Die Gesellschaft ist empört und verlangt Rücktritt dieses Heiden! Im nächsten Jahr werden diese Burschen eine noch bessere Dultung erhalten!

### Das nennt sich Kirchendiener

H. Das Schöffengericht verurteilte den Kandidaten Johann Puschat vom evangelischen Pfarramt in Nieder-Hermsdorf zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Er hatte zahlreiche Kirchenrechnungen gefälscht, um sich Mehreinnahmen zu schaffen und Baupargelder unterschlagen.

### Und wieder einer

H. Im Betrieb des Schwefelwässers wurde der 20jährige Schöpfer Mag. Panke aus Nieder-Hermsdorf unter Tage tödlich verschüttet.

## Ein Esperanto-Brief aus der Ukraine

Der Arbeiter-Esperantist Bruno Siegert (Schweidnitz) erhielt zum 1. Mai ein an die Klassenbewegte Arbeiterschaft in Schlesien gerichtetes Schreiben. Das Schreiben kam aus Charlow und war von fünfzehn Organisationen unterschrieben. Da in der Zwischenzeit der 1. Mai vorüber ist, geben wir nachstehend lediglich die Stellen wieder, die die Verhältnisse in der Sowjet-Ukraine schildern. Die Rub.

Wir, die Gewerkschaften und proletarischen Bündnisse, die Gruppen für internationale Erziehung, in Charlow, der Hauptstadt der roten Ukraine, begrüßen Euch herzlich am 1. Mai. Wir versichern Euch gleichzeitig, daß wir alle Aufgaben, die wir zur Erfüllung des Fünfjahresplanes, der Entwicklung unserer Arbeiterindustrie, des Planes der Sozialisierung unserer Wirtschaft und unseres Landes, des Planes einer höheren Verbesserung des Lebensniveaus der Sowjet-Arbeiterschaft übernommen haben — daß wir diese Aufgabe in vollem Maße erfüllen werden. Unser Lösungswort „Den Fünfjahresplan in vier Jahren erfüllen“ wird zur realen Tatsache.

Unsere Stadt Charlow wird zu einem Industrie-Giganten umgeformt. Es erscheinen neue Werkstätten und Fabriken, neue Häuserkollektive, in welchen die Arbeiterschaft neue Lebensformen schaffen wird. Unsere baldige Errungenschaft: eine gewaltige Traktorenwerkstatt, welche jährlich 50.000 Maschinen produziert für eine neue sozialistische Ackerbaukultur; und eine neue sozialistische Stadt „Neu-Charlow“, welche gleichzeitig mit der Traktorenwerkstatt erbaut wird. In der neuen Stadt werden die letzten Errungenschaften der Bautechnik angewendet. In dieser Stadt wird die Arbeiterschaft nicht nur alle Bequemlichkeiten haben, sondern es wird auch soziale Ernährung und Kindererziehung organisiert. Durch die Ukraine marschiert schnell der sozialistische Wiederaufbau der Bauernwirtschaft. Ganze Scharen von Dörfern schließen sich zusammen zu Ackerbau-Kollektiven. In den Jahren 1932—33 wird das Gebiet der Ukraine schon eine riesige „Getreidefabrik“ sein.

Schloßische Arbeiter, schreibt uns an die Adressen: Redaktion der Zeitung „Komsomolec Ukrainy“, Puschkinskaj 21, oder Redaktion „Charlowa Proleta“, Platz des Tschewelowa 3, oder Redaktion „Lubichanin“, K. Liebnicht-Str. 31, oder Esperanto-Verein, Tworek Eruda — alles in Charlow.

Weißt ihr. Die freireligiöse Gemeinde feiert am 18. Mai ihre 10. Gründungsfeier. Lokal Finsterbrunn, Ortsteil Neu-Salzbrunn. Anfang 19 Uhr.

### Oberes Revier

#### Wer will den Kapitalismus verteidigen?

A. R. Am Dienstag fand im Hotel „Schwarzes Roß“, Gottesberg, eine öffentliche Versammlung des Reichsjammers mit dem Thema „Das wahre Gesicht der Nationalsozialisten“ statt. Als Redner fungierte ein Herr Steiner, Breslau, seines Zeichens und seiner Rede nach ein Sozialdemokrat. Aus allen Ortschaften waren die Verteidiger der kapitalistischen Republik herangeholt. Nur ein verschwindend kleiner Teil Andersdenkender war anwesend. Die Rede des Referenten wirkte ermüdend. Er zeigte alle Schwächen und Mängel der Hakenkreuzer, warf ihnen Korruption und die Betrügereien, welche sie an Kapitalisten gerichtet hatten, vor. Daß das Reichsjammer Schwarz-Rot-Gold das selbe getan hatte, verschwieg er wohlweislich. Die Korruption der SPD. und Gewerkschaftsbürokraten aufzuzählen, vermied er auch, da er dazu mindestens eine ganze Nacht gebraucht hätte. Seine Rede endete mit der Ermahnung, daß jeder in das Reichsjammer eintreten und die Hakenkreuzler helfen verjagen solle. Mit dieser Waffe schlägt das Reichsjammer die Hakenkreuzler bestimmt nicht. Diskussion gab es keine. Es wird immer schmerzlicher, Dumme zu finden, die die kapitalistische Republik zu verteidigen bereit wären.

### Freiburg

Polen. Heute Donnerstag um 18.30 Uhr im „Mühlbaum“ wichtige Gemeindevorstandssitzung. Arbeiter und Arbeiterinnen, überzeugt euch, wer eure Interessen vertritt!

### Schweidnitz

#### Notlandung eines Postflugzeuges

H. Unterhalb des Pilschberges bei Jagramsdorf, auf Bodauer Gemarkung, ging ein von Prag kommendes Postflugzeug nieder. Es war mit einem polnischen Oberleutnant als Führer auf dem Wege nach Warschau begriffen. Das Flugzeug mußte wegen eines Propellerbruchs eine Notlandung vornehmen, die glücklich gelang. Das Flugzeug, das abgesehleppt werden mußte, wurde als Kulkänder vorläufig zur Feststellung des Tatbestandes festgehalten.



Damen-Kämmer-Strümpfe  
Wasch-Kunstseide, feinst  
Hochfaser, besonders  
feinmaschig . . . . . 1<sup>05</sup>

Herren-Socken  
knaufige Mako  
Qualität, hübsche  
Muster . . . . . 95<sup>h</sup>

Kinder-Söckchen  
Zum Ausschneiden  
vieler reizende Aus-  
führungen  
Größe 7-10 25 Pfg.  
Größe 4-6 25 Pfg.  
Größe 1-3 35<sup>h</sup>



Breslau, Ohlauer Straße 71-73

### Jauer

#### Ermittelt

H. Dieser Tage wurde ein schwerer Einbruch in den Gasthof „Zur Stadt Vorkensheim“ verübt. Als Täter wurden jetzt der 27jährige Vinzenz Bhrwinski und der 32jährige Adolf Schwarsker gefaßt. Man fand bei ihnen Bargeld und die gestohlenen Gold-Dollarstücke. Die gestohlene Kasse fand man in einem Schrebergarten an der Reichswäher Straße vergraben. Sie enthielt noch mehrere hundert Mark Bargeld, Spartascheiben und Schuldscheine.

Gelbe Raucherzähne. Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blendendweiße Zähne, trotzdem dieselben durch dieses Rauchen braun u. unschön wirkten. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen als Chlorodont. V. Hart Berg. — Chlorodont: Zahnpaste, Zahnbürsten, Mundwasser, Einheitspreis 1 Mk. bei höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

**Strumpf-Tage**  
heißt: Qualitätsstrümpfe - spottbillig

- Damenstrümpfe 85<sup>h</sup>  
Seidenflos, feinmaschige Qualität, Doppelsohle u. Hochfaser
- Damenstrümpfe 1<sup>10</sup>  
künstliche Waschseide, feinfädige Qualität, Goldstempel
- Damenstrümpfe 1<sup>75</sup>  
künstliche Waschseide, besonders feinfädige starke Qualität



**Strumpf-Tage**  
Unglaublich groß ist unsere Auswahl

- 85<sup>h</sup> Herren-Socken  
Seidenflos, Jacquard, in vielen modernen Farben und Dessins
- 2<sup>75</sup> Damenstrümpfe  
„Komet“, der Strumpf aus feinsten künstlichen Waschseide
- 3<sup>75</sup> Damenstrümpfe  
„Silkamon“, die große Klasse, künstliche Waschseide

# Rudolf Meyersdorf

# Um die Mehrheit des schlesischen Proletariats

(Fortsetzung der Diskussion.)

Ein Genosse aus Sagan: Es ist notwendig, Frauenforderungen in den Gewerkschaften zu stellen. Die Erhöhung der Löhne, die Verabschiedung der Hungerlohnbeschränkung, die Frauen zum Kampf zu mobilisieren. Das gleiche trifft auch für die Erziehung der Erwerbslosenunterstützung zu. Schließlich ist es die Frau, die der Finanzminister im Haushalt ist. Aus Angst, aus dem Betriebe fliegen zu können, darf man auf die Arbeit nicht verzichten. Auch unter den Hausfrauen müssen wir arbeiten. Dabei können uns Außerordentlich gute Dienste leisten.

Ein Bergarbeiter-Genosse aus Waldenburg: Die bei den Betriebsrätewahlen erzielten Erfolge müssen wir halten und ausbauen. Es wäre gut, wenn ein prominenter Führer der kommunistischen Partei einmal vor den Waldenburger Bergarbeitern sprechen würde. Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit muß energisch organisiert werden.

Ein Genosse aus Breslau: Die Gewerkschafts- und Landarbeit sind unsere wichtigsten Arbeiten. Die Nationalsozialisten erheben ihr Haupt immer frecher. Wir müssen unsere Arbeit verstärken, um sie schlagen zu können.

Ein Genosse aus Breslau: Es ist notwendig, über die politische und wirtschaftliche Lage zu sprechen, um unsere Aufgabe zu konkretisieren. Die Presse schreibt zu wenig über unsere Aufgabe. Die Beschlüsse des Pol.-Büros des ZK. sind richtig. Kaum haben wir eine energiegelbe Wendung zur Frauenarbeit vorgenommen, schon sehen wir, wie eine ganze Anzahl Frauen lebendig wird, wobei es sich zeigt, daß sie durchaus gute Funktionäre sind. In Breslau müssen wir den äußersten Kampf gegen das linke Sektierertum führen.

Ein Bergarbeiter-Genosse aus Waldenburg: Die Betriebsräteerfolge, die wir in Waldenburg erzielt haben, waren das Resultat einer systematischen Betriebsarbeit. Es ist notwendig, den Parteimitgliedern und Ortskomitees der KPD in den Augen der Arbeiterklasse eine Autorität zu verleihen.

Genosse Kollweber: Die Selbstkritik ist notwendig, um aus den gemachten Fehlern zu lernen und die Mängel abzustellen. Die Partei wächst schneller als der Funktionärstab. Deshalb müssen wir mit allen Mitteln die Veranbildung neuer Funktionäre forcieren. Die neue Bezirksleitung wird ihr Augenmerk auf Breslau konzentrieren müssen, mit dem Ziel, die Parteiarbeit auf eine Massenbasis zu stellen. Dieselbe Aufgabe steht vor uns in einigen anderen Unterbezirken. Die harten Unterbezirke müssen nach Möglichkeit selbstständig ohne Hilfe der Bezirksleitung arbeiten. Auch die Funktionäre müssen das selbständige Arbeiten lernen und nicht immer von der Bezirksleitung Anweisungen fordern. Unsere Presse muß ausgebaut werden. Sie muß eine Sprache schreiben, wie sie jeder Arbeiter versteht, sie muß für sich selbst werden. Versprechen wir es, unsere Arbeit voranzutreiben, so werden wir auch vorwärtskommen.

Ein Bergarbeiter-Genosse aus Waldenburg: Die SPD. steht in letzter Zeit besonders mißtrauisch geworden. Die Fehler beharren nach und nach einzusehen, daß nur die KPD. und KPD. Kämpfe organisiert. Dort, wo wir unermüdet und läßt Angriffen gegen den Sozialfaschismus vorangehen sind, hat

unsere Partei große Fortschritte zu verzeichnen. Wir dürfen die Eroberung der unorganisierten ebenfalls nicht vernachlässigen.

Ein Delegierter aus Grünberg: Gerade im Bezirk Schlesia, der zum großen Teil doch auch ein agrarischer Bezirk ist, ist es notwendig, daß wir unsere Arbeit auf dem flachen Lande verstärken. Es sind 40 Prozent der Arbeiter auf dem Lande tätig. Die Landarbeiter verlangen unsere Unterstützung. Erst nach den Wahlen 1929, Sieg der Nationalsozialisten, wurden unsere Genossen aufs Land aufmerksam.

Ein Delegierter aus Döhlen: Nach der Abrechnung mit den Brandleristen gibt es bei uns noch Genossen, die ein Lippenbekenntnis zu den Beschlüssen ablegen, aber die Durchführung sabotieren. Das zeigt sich besonders auch auf kommunalpolitischen Gebiet. Wir dürfen vor dem Klassenfeind keinen Schritt zurückweichen und müssen besser auf die politische Ereignisse reagieren. Die Funktionäre in den Zellen müssen mehr Initiative entfalten.

Ein Delegierter aus Niebly: Die Diskussion über die opportunistischen Abweichungen muß abgeschlossen sein. Jetzt müssen wir energisch die Beschlüsse durchführen. Im Zweifelsfall gegen alle Abweichungen müssen wir an die Eroberung der uns noch fern-

stehenden proletarischen Schichten herangehen. Die Genossen sollen ihre Arbeit selbst kritisch prüfen.

Es ist notwendig, daß die Partei gegen den Terror der Polizei und der faschistischen Selbstschußformationen bildet.

Ein Delegierter von der Strakenbahn Breslau: Die Betriebszellen müssen aktiver werden. Unsere Taktik bei den Betriebsrätewahlen ist richtig gewesen. Von den Reformisten müssen sich unsere Genossen in den Betrieben abgrenzen. Die Breslauer Parteiorganisation muß ausgebaut werden.

Ein Delegierter aus Breslau-Ost: Wir müssen uns besonders auf die Gewinnung der Landarbeiter und Kleinrentner konzentrieren. Mit der individuellen Behandlung haben wir gute Erfolge gehabt.

Ein Bergarbeiter-Delegierter aus Waldenburg: Der gewaltige SPD-Apparat in Waldenburg konnte unsere Erfolge nicht verhindern. Das Vertrauen der Arbeitermassen zur kommunistischen Partei wächst.

In der Diskussion sprachen noch drei Genossinnen über die Arbeit unter den Frauen und brachten eine Fülle praktischer Beispiele, guter und schlechter Methoden der Arbeit. Sie wandten sich entschieden gegen die rassistische Einstellung zur Frauenarbeit und verlangten die Mobilisierung der Gesamtpartei.

## Kurs auf bolschewistische Massenpolitik

### Die einstimmig angenommene Entschiedenheit zu den Aufgaben der Partei

(Wegen Raummangels geben wir die Entschiedenheit nur auszugsweise wieder.)

Der 16. Bezirksparteitag Schlesiens stimmt den Beschlüssen des Präsidiums der KPD, der Plenarsitzung des ZK. vom 21. und 22. 3. und den Beschlüssen des Pol.-Büros des ZK. vorbehaltlos zu.

### Zweifronten-Kampf

Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, Heranbildung einer neuen revolutionären Führung des Proletariats in Wirtschaftskämpfen und für politische Massenkämpfe, das ist die zentrale Aufgabe der Partei. Die Durchführung dieser Aufgabe erfordert eine gesteigerte Massenarbeit zur Gewinnung breiter Arbeiterschichten.

Innerparteilich erfordert die Einstellung der Partei auf die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse den schärfsten Zweifrontenkampf gegen den rechten Opportunismus, der nach wie vor die Hauptgefahr innerhalb der Partei bildet und gegen das durch hyperradikale Phrasen verschleierte Sektierertum, das ein gefährliches Hemmnis bei der Gewinnung der Arbeitermassen darstellt. Der Bezirksparteitag fordert alle Parteiorganisationen auf, gegenüber allen Abweichungen von der Parteilinie und allen Versuchen rechter opportunistischer oder sektiererischer Elemente

die Beschlüsse des Weidinger Parteitag zu revidieren, die größte Aufmerksamkeit zu entfalten.

### Einheitsfront von unten

Die Lage im Bezirk Schlesia ist für eine Einheitsfronttaktik von unten durchaus günstig. In der SPD. verstärken sich die zerstückelnde Elemente, die Opposition sozialdemokratischer Arbeiter gegen ihre sozialfaschistische Führung nimmt einen immer größeren Umfang an. Die Einheitsfronttaktik von unten muß als nächstes Ziel haben: kampfbereite SPD.-Arbeiter — auch christliche — bei den kommenden Wirtschaftskämpfen mit einzubeziehen in die revolutionären Organe zur Führung dieser Kämpfe.

### Aufgaben im Bezirk

1. Die gesteigerte Massenarbeit der Partei muß konzentriert werden auf eine verstärkte Betriebsarbeit in den Industrie- und Bergbau, Metall, Bau und in den Verkehrsbetrieben.

2. Sofortige und energiegelbe Inangriffnahme der Arbeit in den proletarischen Massenorganisationen, insbesondere in den Gewerkschaften. Dabei in erster Linie im Textil-, Metall- und Bergarbeiterverband, im Eisenbahner- und Gesamtverband und im Bauergewerksbund.

3. Straffere Zusammenfassung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, Schaffung arbeitsfähiger Komitees zur Leitung und Förderung der KPD., Aus- und Aufbau eines revolutionären Vertrauensmännerstems in den Betrieben. Zusammenfassung der roten Betriebsräte, Betriebs- und Industriegruppenweise. Herstellung einer engen Verbindung zwischen der Parteileitung, den Massenorganisationen und den roten Betriebsräten. Weitergehende Unterstützung der roten Betriebsräte durch eine gesteigerte Betriebsarbeit der gesamten Parteiorganisation.

4. Weitere Steigerung der Arbeit unter der werktätigen Landbevölkerung. Durchführung einer systematischen Landarbeit durch Zuteilung von Dorfparteizellen an die Parteizellen. Die Parteileitungen in den Unterbezirken Grünberg, Giegnitz, Schweidnitz, Langenbielau, Ohlau und Breslau werden verpflichtet, einen Plan zur Bearbeitung der Agrargebiete in diesen Unterbezirken aufzustellen und durchzuführen.

5. Zur Gewinnung der proletarischen Jungarbeiter und -arbeiterinnen müssen die Parteiorganisationen in Gemeinschaft mit dem KPD. planmäßig jene Betriebe bearbeiten, in denen die älteren Arbeitskräfte ergriffen sind durch jugendliche. Gleichzeitig muß die Bedeutung der proletarischen Kinderbewegung hin.

6. Die Anläge einer Massenarbeit unter den proletarischen Frauen müssen bei Anknüpfung an die Lage der Betriebsarbeiterinnen in den einzelnen Betrieben und der Verküperung der Lebenshaltungskosten verstärkt werden.

7. Die kommunalpolitische Tätigkeit ist ebenfalls in viel härterer Weise auf die Massenarbeit einzustellen. Die heute noch bestehende Abstufung vieler Kommunalfraktionen von den Massen kann nur beseitigt werden durch eine kühne und scharfe Kontrolle der politischen Arbeit der Fraktionen durch die Parteileitungen.

8. Zur Schulung der roten Betriebsräte, der Gewerkschaftsfunktionäre, Kommunalvertreter und Wochenbedürfte in den Unterbezirken abhalten. Für die neu herangezogenen, entwicklungsfähigen Parteifunktionäre hat die neue Bezirksleitung eine achtstägige Bezirksparteischule vorzubereiten. Durch eine starke Politisierung der Mitgliederfamilien unter besserer Ausnutzung des zentralen Informationsmaterials muß eine Massenschulung der Parteimitgliedschaft durchgeführt werden.

9. Die Parteileitungen müssen das größte Gewicht auf die Heranbildung eines neuen Funktionärskaders legen durch Heranziehung der jungen entwicklungsfähigen Parteimitglieder zur verantwortlichen Arbeit. Schaffung eines letzten Jahrestempels bei jeder Parteileitung. Durchführung der Aufgabe, jedes Mitglied zu einem aktiven Funktionär zu erziehen.

10. Gegen die national- und sozialfaschistischen Ueberfälle auf Massenbewusste Arbeiter ist die Schaffung eines Selbstschußes der Partei eine zwingende Notwendigkeit. Der Bezirksparteitag beauftragt alle Parteiorganisationen mit dem Aufbau eines proletarischen Selbstschußes.

### Roter Wettbewerb

Die aufgezeigten Aufgaben sind entsprechend den Verhältnissen in den Ortsgruppen und Unterbezirken zu konkretisieren. Nach Aufstellung eines Planes für die Durchführung der Massenarbeit treten die Zellen und Ortsgruppen der Unterbezirke in einen roten Wettbewerb. Das Ziel bis zum nächsten Parteitag muß sein:

- a) In 20 Großbetrieben des Bezirks eine rote Zellarbeit.
- b) Schaffung von mindestens 15 neuen Betriebszellen.
- c) In 30 Betrieben ein revolutionäres Vertrauensmännerstems.
- d) In 50 Orten ein arbeitsfähiges Komitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition.
- e) 20 neue Ortsgruppen in Städten mit Industriebetrieben.
- f) 30 neue Ortsgruppen in Randorten ohne Industrie.
- g) Erhöhung des Mitgliederbestandes um 50 Prozent, Erhöhung des Abonnentenkaufes der „K.P.“ um 30 Prozent.

## Schlusswort des Genossen Kreuzburg

### Nicht schimpfen, sondern überzeugen

In Diskussion hat gezeigt, daß es auch im Bezirk Schlesia normal ist. Zur Frage des Sozialfaschismus sei gesagt: Die Sozialdemokratie ist bei der Durchführung ihrer Politik von der wirtschaftlich-politischen Situation und von den sozialen Verhältnisse abhängig. Das Veranlassen der Weltkrise, der Beginn des Kapitalismus, der Sozialfaschismus, Verdrängung aller Widerstände, die Verdrängung des Arbeiterbewusstseins der Klassenbewegung. Die sozialdemokratischen Minister waren bereit, die Verdrängung der Gewerkschaften durchzuführen. Die Sozialdemokratische Partei mußte konstatieren, um den Radikalisierungswort der Massen aufzuhalten. Das konnte die Bourgeoisie nicht dulden. Bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik müssen wir zwischen den sozialdemokratischen Betriebsarbeitern und Gewerkschaftern, den sozialdemokratischen Funktionären und den sozialdemokratischen Führern differenzieren. Zusammenfassend gibt es auch sozialdemokratische Betriebsarbeiter und auch einfache SPD.-Arbeiter, die ihrer Betätigung nach Sozialfaschisten sind. Wenn wir mit den sozialdemokratischen Führern brechen, wenn wir sie für den gemeinsamen Kampf gewinnen wollen, so müssen wir in jedem Einzelfalle konkret nachsehen, weshalb dieser oder jener sozialdemokratische Funktionär von uns als das entscheidende bekämpft wird. Man soll nicht schimpfen, sondern um das Hirn jedes einzelnen Arbeiters ringen.

### Die Organisierung der ausgeschlossenen Kollegen

Der Vorschlag, der von einigen Genossen gemacht wird, die ausgeschlossenen Kollegen zu einer Organisation zusammenzufassen, ist falsch. Die Streiks der Gegenwart gewinnen sehr bald eine politische Färbung und müssen, wenn sie Erfolg haben sollen, zum Massenkampf ausgedehnt werden. Einen Massenstreik aber kann man nicht finanzieren. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in den kapitalistischen Ländern wird im Kampf um die Eroberung der Mehrheit

der Massen entstehen. Haben wir die Mehrheit, und schließlich die Gewerkschaftsbürokraten dann aus, so werden wir die Organisation eben fortführen. Dann haben wir die roten Gewerkschaften. Die ausgeschlossenen müssen durch die Ortskomitees der KPD. zusammengefasst werden. Gleichzeitig aber muß die Arbeit in den Gewerkschaften wesentlich verstärkt werden, und zwar nicht nur in den reformistischen, sondern auch in den christlichen.

Nach längeren Ausführungen über die Notwendigkeit der Verstärkung der Arbeit auf dem Lande und unter den Frauen unterstreicht Kreuzburg mit allem Nachdruck die Notwendigkeit der kollektiven Zusammenarbeit und der sachlichen positiven Kritik und Selbstkritik. Je bedeutender die Funktion, die der Genosse bekleidet, desto mehr muß er sich seiner Verantwortung vor der Partei bewußt sein. Das Vertrauen zur Führung ist eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg. Wenn wir es verstehen, von dem einfachsten Mitglied bis zu den Genossen im ZK. Schulter an Schulter energisch vorzugehen, so wird es uns gelingen, im Kampfe um die Eroberung der Mehrheit des Proletariats Wirtschaftskämpfe auszulösen, die Wirtschaftskämpfe zu politischen Rosenstreiks zu steigern, in diesen Kämpfen das Proletariat zu einer revolutionären Armee auszubilden und so auch in Deutschland den Kapitalismus zu zertrümmern und den Aufbau des Sozialismus in Angriff zu nehmen.

Nach dem Schlusswort des Genossen Kreuzburg gaben die Leiter der Kommissionen Bericht über das Ergebnis der am Sonntagabend und Sonntag früh stattgefundenen Kommissionssitzungen. Der knappe Raum gestattete es uns leider nicht, auf die georgische in diesen Kommissionssitzungen bewältigte Arbeit näher einzugehen. Darauf trat der Bezirksparteitag in die geschlossene Sitzung ein. Hier wurde die Bezirksleitung gewählt und ein Bericht der Org.- und Zeitungskommission entgegengenommen.

Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge, die sich mit der Schulungsarbeit, mit der Landarbeit in Schlesia, mit der Ausgestaltung der Landzeitung beschäftigte, ging glatt vorstatten und zeugte davon, daß die Delegierten einen besonderen Wert auf die konkrete Arbeit legten. Die Entschiedenheit über die nächsten Aufgaben im Bezirk Schlesia wurde einstimmig bei reiflicher Abstimmungsbeteiligung angenommen.

eine Kampagne, besonders in den agrarischen Gebieten des Bezirks, gegen das Ökoprogramm durchzuführen und

eine großzügige Kampagne einzuleiten gegen die Kriegsvorbereitungen und für die Herstellung einer gemeinsamen Kampffront mit den Arbeitermassen jenseits der polnischen und tschechischen Grenze

und besonders in den östlichen Grenzgebieten des Bezirks ein enges Netz von organisatorischen Stützpunkten zu schaffen.

## Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen

### Beschluß über die nächsten Aufgaben im Kampf gegen die deutsch-polnischen Vorbereitungen zum Antisowjetkrieg

Der Abbruch des deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges, der bevorstehende Abbruch des deutsch-polnischen Kompromissvertrages über die Handelsbeziehungen, die Erhöhung der Ausgaben im Bereich für Ölbezügungen, die Subventionenpolitik der Brüning-Regierung in den Ökprovinzen, und die in Ökoprogramm eingeschlagenen Maßnahmen sind eine ernste Mahnung an die kommunistische Partei im Grenzbezirk Schlesia, den Kampf gegen die gemeinsamen deutsch-polnischen Vorbereitungen zum Antisowjetkrieg zu steigern.

Der Bezirksparteitag beauftragt die Bezirksleitung, im Rahmen der allgemeinen politischen und organisatorischen Aufgaben

# Mehr Internationalismus!

Der V. Kongress der Roten Gewerkschafts-Internationalen muß und wird anders sein, als die Kongresse der Amsterdamer Internationale. Er wird nicht ein Kongress von Gewerkschaftsbeamten, sondern der breiten Arbeitermassen sein. Dazu ist es aber nötig, die Massen der Arbeiter für den Kongress zu interessieren und zu mobilisieren, zumal es sich diesmal um die Jahrsjahrsfeier des RGI handelt. Die Pflicht, in diesem Sinne tätig zu sein, liegt jeder Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition ein. Es fehlt aber noch sehr an dem internationalen Geist, der nicht nur jetzt, sondern immer die Tätigkeit revolutionärer Gewerkschafter befehlen muß. Mehr Internationalismus, das ist die Forderung der Stunde. Mehr internationaler Geist muß in alle Handlungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition hineinkommen. Hieran mangelt es noch außerordentlich.

In der Tat, sehen wir uns einmal die Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands an. Gewiß tut die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung viel für die Erweckung internationalen Geistes. Aber viel, viel mehr muß noch in dieser Hinsicht getan werden. Gewiß, wenn es sich um ganz große internationale Ereignisse handelt, ist das Interesse aller Genossen wach. Aber selbst hier dauert es zu lange, bis unsere Anhänger reagieren. Man denke nur an den unter revolutionärer Leitung vor sich gehenden Streik der englischen Metallarbeiter oder an den Streik der Bauarbeiter von Basel und Zürich, der nicht zum wenigsten zusammenbrach, weil die finanzielle Solidarität nicht ausreichte.

Der Schaden, welchen die deutsche Arbeiterbewegung durch unzureichendes internationales Interesse erleidet, zeigt sich in der Bauarbeiterbewegung. Zweifellos würden die Bauarbeiter Deutschlands für ihre eigene Bewegung stärkeren Antriebe erfahren haben, wenn sie besser informiert gewesen wären über den Schweizer Kampf und über die gewaltigen Bauarbeiterkämpfe in Frankreich, wo im April 89 000 Bauarbeiter im Streik standen.

Aber hier liegt gerade der Mangel: unsere Genossen wissen zu wenig über die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in anderen Ländern.

Sie wissen nicht, daß im vergangenen Jahr in Frankreich unter revolutionärer Führung 470 000 Arbeiter im Streikkampf standen und weit siegreich waren.

Sie wissen nicht genug von den glänzenden Kämpfen, die revolutionäre Gewerkschaften in Amerika führen. Sie kennen nicht die überragende Rolle der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Griechenland, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien. Sie wissen nicht, daß revolutionäre Gewerkschaften die Schrittmacher der indischen Revolution sind. Sie kennen recht gut die deutsche Bewegung, sehen aber selten über die deutschen Landesgrenzen hinweg und unterschätzen deshalb häufig die ungeheuren Fortschritte der Roten Gewerkschafts-Internationalen. Jedem sozialistischen Geschwätz über Abfall von Renegaten in anderen Ländern, etwa in der Tschechoslowakei, sehen sie daher ziemlich hilflos gegenüber, weil sie nicht wissen, daß sich dort parallel mit der Abstoßung reformistischer Elemente die Konsolidierung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung vollzieht. Die Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands wissen wenig von den gewaltigen Klassenkämpfen, die sich im Ausland abspielen, und darum unterschätzen sie die Kraft der revolutionären Gewerkschaftsbewegung. Sie sind z. B. völlig überzeugt von der internationalen Bedeutung des Kampfes der Henningsdorfer Arbeiter, des Streiks der Berliner Kohleleger. Aber von den revolutionären Kämpfen der französischen Metallarbeiter in Gutfreund und Belfort oder des noch heute andauernden heldenhaften Streiks der Arbeiter der Ganz-Danubius-Werke in Budapest oder der Metallarbeiter von Reschica in Rumänien wissen sie so gut wie nichts. Und eine ganz geringe Geldunterstützung oder selbst nur moralische Solidarität würde doch diesen Arbeitern von großem Nutzen sein und ihr Vertrauen zur Roten Gewerkschafts-Internationalen stärken.

Eine wichtige Kraftquelle der revolutionären Gewerkschaftsbewegung wird wegen ungenügen-

# Standrecht in Scholapur

Schießerlaß der Militärbehörden — Peshawar nach dem Bombenangriff

Bombay, 14. Mai. Nach übereinstimmenden Meldungen haben die englischen Truppen inzwischen Scholapur besetzt. Das Standrecht wird mit größter Schärfe durchgeführt. Die Militärbehörden haben ein allgemeines Verbot für die Zeit von 7 Uhr abends bis 6 Uhr früh erlassen. Während dieser Zeit darf sich bei Strafe der sofortigen Erschießung kein Mensch auf der Straße sehen lassen. Niemand darf Waffen tragen, auch das Mitführen von Summknäppeln ist verboten. Ansammlungen von mehr als vier Personen sind untersagt. Die Polizei nimmt wahllos Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vor.

Die Lage ist außerordentlich gespannt. Die Bevölkerung ist von einer großen Erregung erfüllt. Anbauern kommt es zu kleineren Zusammenstößen. Alle Ausländer und reichen Indianer verlassen in großen Scharen die Stadt. Die auslaufenden Züge sind überfüllt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die englischen Militärbehörden einen großen Abbruch an der indischen Revolution planen.

Auch in Peshawar herrscht eine gespannte Lage. Die Bombardements, die englische Bombenflugzeuge auf die Dörfer der nordwestlichen Provinz, haben die Erregung der Bevölkerung der Nordwestprovinz aufs äußerste gesteigert. Es ist jedoch vollkommen unmöglich, genaue Nachrichten über die Lage in Peshawar zu erhalten.

## Straßenkämpfe in Rangoon

London, 14. Mai. Der Hafenarbeiterstreik in Rangoon hat nach den letzten Meldungen ein alarmierendes Stadium erreicht. Mehr als 6000 Arbeiter stehen im Kampf. Die Schiffsahrt ist vollkommen lahmgelegt. In dem vergangenen Nacht unternahmen die Streikenden einen Sturm auf eine Werft.

Im Laufe des Tages kam es wiederholt zu Zusammenstößen demonstrierender Arbeiter mit der Polizei. Die Polizei war den Kundgebungen gegenüber machtlos. Die Behörden forderten Militär an. Daraufhin kam es zu blutigen Straßenschlachten. Nähere Meldungen darüber fehlen noch.

## Sturm auf ein Salzdepot

Bombay, 14. Mai. Auf das Salzdepot von Schiroda wurde von 200 Freiwilligen ein neuer Sturm unternommen. Die Polizei griff ein und verhaftete 158 Personen. Bei den Zusammenstößen wurden 16 Personen verletzt. Gandhis Sohn Manilal Gandhi trifft Vorbereitungen für

die auf Donnerstag angelegte „friedliche“ Eroberung des Salzdepots in Dharamana, die sein Vater und dann Abbas Thabji durchzuführen verhindert wurden. Manilal Gandhi bezieht heute vormittag mit den Führern über die geplante Aktion. 25 Freiwillige sind mit Werkzeugen für das Zerschneiden des Drahtzauns ausgerüstet, der das Gebiet des Depots von Dharamana umgibt.

## Hungerstreik politischer Gefangener

Mombasa, 14. Mai. Im Gefängnis von Sabarmati sind zahlreiche politische Gefangene, darunter Vallabhai Patel, in den Hungerstreik getreten.

In Karatschi wurde zum Protest gegen die Verurteilung von Gandhis Nachfolger, Jyabji, ein allgemeiner Trauertag durchgeführt. In vielen Fabriken wurde gestreikt. Die Läden blieben geschlossen.

## Streikämpfe in Reims

Paris, 13. Mai. In Reims, wo die Bauarbeiter seit Wochen unter revolutionärer Führung im Streik stehen, kam es gestern wieder zu schweren Zusammenstößen mit Streikbrechern und der Polizei, die die Streikbrechergarden vor der empörrten Arbeiterschaft mit blanker Waffe beschützte. Mehrere Streikende, darunter auch der Sekretär der revolutionären Bauarbeitergewerkschaft, wurden verhaftet.

## Kurze Auslandsnachrichten

Die Arbeitslosenziffer in England betrug nach einer Mitteilung des Arbeitsministeriums in der am 5. Mai zu Ende gegangenen Woche 1 712 000, was gegenüber der Vorwoche eine Vermehrung um 13 614 bedeutet.

Neue Kommunistenverhaftungen nahm die polnische Polizei in Grodno vor, wo nach amtlichen Mitteilungen auch zahlreiche illegale Druckschriften beschlagnahmt wurden.

Der Polizeipräsident von Madrid ist von seinem Posten zurückgetreten.

Eine Film-Olympiade wird für die nächste Zeit in der Sowjetunion geplant. Es werden Kulturfilme zur Aufführung gelangen, die das Leben der einzelnen Völker des Sowjetstaates darstellen. Zur Teilnahme an der Film-Olympiade werden linksgerichtete ausländische Filmschauspieler und Künstler eingeladen.

## der Kenntnis der internationalen Arbeiterkämpfe nicht genügend ausgenutzt.

Die Verbreitung internationaler Kenntnisse ist daher eine der wesentlichsten Voraussetzungen für Steigerung der Kampffähigkeit des deutschen Proletariats.

Man kann nicht verschweigen, daß die Rote Gewerkschaftsopposition Deutschlands hier bei einer wichtigen Aufgabe nicht genügend leistungsfähig ist. Die Rote Gewerkschafts-Internationalen hat jedem revolutionären Gewerkschafter ausreichende Möglichkeiten gegeben, sich international zu orientieren. In der Monatschrift „Die Rote Gewerkschaftsopposition“ nehmen die Führer der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu allen Fragen und Bewegungen ausführlich Stellung. Das „Rote Gewerkschafts-Bulletin“, eine Wochenzeitung, berichtet über alle aktuellen Vorgänge des Gewerkschaftskampfes in allen Ländern. Die „Sozialökonomische Arbeiterzeitung“ liefert ein theoretisches Material, mit dem jeder revolutionäre Gewerkschaftsaktivist die Lebensarten der sozialistischen Gewerkschaftsbewegungen mit Leichtigkeit

entkräften kann. Leider werden diese Informationsmöglichkeiten von den Funktionären der revolutionären Gewerkschaftsopposition völlig ungenutzt ausgebeutet.

Der allem handelt es sich darum, daß die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition Deutschlands, gestützt auf gute internationale Information, sich die internationalen Kampferfahrungen zunutze machen muß, daß sie aus den internationalen Kämpfen größere Kraft für ihren eigenen Kampf gewinnen muß. Das Band der internationalen Solidarität muß fester geknüpft werden. Die Gelegenheit dazu bietet der internationale revolutionäre Wettbewerb zur Vorbereitung des V. RGI-Kongresses, den die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition Deutschlands mit den Sowjetgewerkschaften eingegangen ist. Dieser Wettbewerb darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muß reale Wirklichkeit werden. Internationales Interesse, internationale Wissen, internationale Erziehung der deutschen Arbeiterschaft: das sind Voraussetzungen, welche die revolutionären Gewerkschafter Deutschlands erfüllen müssen, wenn sie den Wettbewerb mit den kampferprobten Gewerkschaften der Sowjetunion erfüllen wollen.



Copyright by Kain-Verlag, Wien-Verlitz.

54. Fortsetzung

„Morgen, Frau Beholdt!“  
 „Morgen! — warten Sie ein wenig, — oder kommen Sie ruhig herein!“  
 „Ah, Sie! Morgen, Herr Beholdt! Na, sind doch gekommen. Sophie war schon niedergeschlagen.“  
 Sophie lächelt, greift dann in den Kleiderstramp, in dem das Brot aufgestapelt ist, gibt Frau Gramer ein Brot und ein halbes Paket Butter. Frau Gramer bekommt Augen wie ein Kind.  
 „Frau Beholdt!“ bringt sie nur hervor — und sieht auf das Brot und die Butter, als könne sie sich gar nicht mit dem Reichtum abfinden.  
 Sophie sagt: „Nehmen Sie nur, Sie haben mir so oft gegeben, machen Sie allen eine richtige Butterstulle.“ Da quetscht Mutter Gramer das Brot unter den Arm, nimmt die Butter an sich und stottert: „Vielen, vielen Dank!“  
 „Sie gibt mir öfter Milch“, sagt Sophie, „sie hat sechs Kinder, kann die Milch, die sie bekommt, gar nicht kaufen.“  
 „So viel?“  
 „Na, für die ganz Kleinen einen halben, für die andern einen vollen Liter. Ihr Mann arbeitet in Spandau, in der Mülleierwerkstatt. Sie kann natürlich nicht alles bezahlen, was es auf Karten gibt.“  
 „Und die Kinder?“  
 „Denen muß sie eben geben, was sie hat. Wenn sie nicht jede Woche ein paar Brotkrumen verkaufen würde, käme sie gar nicht zurecht. Rechne dir doch aus: Acht Brote die Woche, die Milch, die Kartoffeln, die Butter und Margarine, auf acht Karten...“

er ist von morgens fünf bis abends sieben Uhr unterwegs. Das muß sie hintenherum kaufen, und das ist teuer.“  
 Mir spukt ein Zeitungsartikel, den ich in irgendeiner Gewerkschaftszeitung gelesen habe, im Kopf herum: „Sozialismus, wohn wir bilden!“ Er verherrlicht die ideale Verteilung der Lebensmittel in Deutschland. Für jedes Kind ist gesorgt, amtlich registriert, auf welche Menge Milch, Fleisch, Brot usw. es Anspruch hat. Nur der kleine „Schönheitsfehler“, daß der Vater bei vierzehnjähriger Schusterei die amtlich garantierten Sachen nicht kaufen kann, ist nicht berücksichtigt.  
 Da fängt es schon an: Wer Geld hat, kauft Milchkruten, Brotkrumen. Frau Gramer kauft dafür mehr Kohlrüben. Der „Sozialismus“, in den ich blide, steht vor mir als der Gauner, den Kindern das Brot aus der Hand, die Milch aus der Tasse zu nehmen, den letzten Rest menschlicher Nahrung, schon so wenig, um dabei zu verhungern.  
 Ich greife nach der Zeitung: „Zeichnet Kriegsanleihe!“ Dann ein langer Schmus von der Friedensbereitschaft Deutschlands, dem unbedingten Friedensangebot der deutschen Regierung schon 1916. „Deutschland will den Frieden, nur die Feinde wollen ihn nicht, deswegen müssen wir unbedingt durchhalten.“ — Streik ist Verbrechen am Vaterland. Die Amerikaner werden sich schon wundern, ihre Truppen, die sie herüberschicken wollen, werden einfach durch unsere U-Boote abgeklüfft. — Die Fronten stehen unerschütterlich. — Die Stimmung der Truppen ist vorzüglich.“  
 Ich werfe die Zeitung hin und sage: „Komm, laß uns gehen.“ Mir wird die Stube zu eng. Ich bin Tags zuvor fast nicht fortgewesen. Vier Tage sind schon um. In drei Tagen muß ich wieder abdampfen.  
 Sophie räumt auf, und wir gehen. Die Luft ist schon mild, der Frühling zieht nun zum drittenmal ins Land.  
 An allen Wänden stehen lange Ketten von Frauen, Männern, Kindern. Aus ihren hungrigen Gesichtern grinst der Krieg. Sie warten auf ihre „Gamm“. Vor einem Pferdewegger ist Krach. Es soll da nicht reell zugegangen sein. Ich weiß nicht, was verschoben worden ist. Eine Frau deutet auf ihren Korb und schimpft: „Der Dreck ist ja für uns gut genug, Bande die!“ Ich sehe in ihren Korb. Sie hat Pferdewegger darin; ein Stück Vorderfessel ist dabei, die Haare hängen noch daran.  
 Wir gehen in ein Warenhaus. Es gibt auch Lebensmittel ohne Karten. Kartoffeln, Kohlrüben, Zwiebelsuppe.“

Ein geräucherter Hering, so groß wie ein kleiner Finger, kostet eine Mark.  
 Ich stehe vor dem Glaskasten, sehe auf die Heringe, sehe Sophie an, dann die Menschen, die stumm durch die Gänge laufen, dann wieder die Fingerlinge zu einer Mark und sage: „Was meinst du, Sophie, wenn man den ganzen Plunder hier umwirft, wie das Klirr und Klappert?“  
 „Mittig“, sagt Sophie, „sei lieb!“ Nimmt mich am Arm und zieht mich fort. Ich reiße mich noch einmal los und stehe wieder vor dem Kasten mit den Fingerlingen. Sie bestürmt mich, bittet, wie nur Sophie bitten kann. Die Menschen bleiben stehen und hören, wie ich brumme: „Dazwischenschlagen muß man, dazwischenschlagen, daß die Fegen fliegen!“  
 Keiner sagt ein Wort, nicht für, nicht gegen.  
 Ein großer Mensch kommt, mit einer Wozze, ein anderer steht neben ihm, hat die Arme aufgetrompelt; sie stellen sich vor mich hin, und der mit der Wozze sagt: „Seien Sie vernünftig, Herr, es hat Ihnen doch niemand etwas zuleibe getan.“  
 Im Erfrischungsraum trinken wir „Kaffee“. Sophie bringt Kuchen — von Haferskoden und Kohlrüben. Dann gehen wir. Wir wollen zu Alfred und Klaus.  
 Die ganze zum Viehhof führende Straße hinauf stehen Hunderte von Menschen. Einige haben sich Schemel oder zusammenklappbare Stühle mitgebracht, sitzen darauf, striden, lesen oder plaudern. Sie warten hier auf „billiges“ Fleisch. Deutschland spart, die Armen sind froh, für ihren sauren verdienenden Lohn von dem Abfall zu bekommen, einen Brocken Fleisch von krankem Vieh, das sich nicht mehr lohnt zu verschleiden. Es wird schon dunkel. Als ich Sophie frage, ob heute noch verkauft wird, sagt sie: „Die stellen sich an zu morgen früh.“  
 Anna läßt es sich nicht nehmen, uns zu bewirten. Gustav hat Sophie russischen Tee mitgebracht, den Sophie mit Anna teilt, so braucht sie mich nicht mit dem Kaffee „Kaffee“ zu quälen. Sie hat auch — durch Klaus — ein hübsches „Verbindung“, hat ein paar Kartoffeln, die sie „brät“. Als Sophie ihr ein Brot gibt und ein Stück Butter und Speck, sagt sie: „Deer, hast doch 'n beten früher kommen kunt, denn ha ich to de Kartoffeln nicht schwarzen Kaffee nehmen drückt.“  
 Klaus besetzt Sophie. Er hat eine Zigarettenschachtel kleiner Lederhose, länglich-rundlich geformt, vor sich und nagelt auf Marthas Schuhsohlen eines neben das andere. Martha kommt erst um halb elf Uhr. Sie hat die zweite Schicht.  
 (Fortsetzung folgt)

# Rund um den Erdball

## Proletarische Säuglinge als Versuchstarnikel getötet

Durch Calmettesches Tuberkulose Serum acht Kinder vergiftet, 23 schwer erkrankt

28. Okt., 14. Mai. Von den 246 Säuglingen, die hier mit dem neuen Calmetteschen Tuberkulose Serum ernährt wurden, wodurch sie angeblich für ihr ganzes Leben gegen die Proletarierkrankheit Tuberkulose immun werden sollen, sind nunmehr acht gestorben, während zur Zeit noch 23 an denselben Vergiftungserscheinungen schwerkrank im Hospital liegen.

Wie weiter bekannt wird, handelt es sich bei den Verstorbenen und Erkrankten hauptsächlich um Säuglinge im Alter von einem bis zehn Tagen. Das Calmette-Schutzverfahren muß nach den Vorschriften des bekannten französischen Bakteriologen Calmette gleich nach der Geburt angewandt werden. Es heißt darin:

„Das Kulturen von Rindertuberkulosebakterien den Säuglingen im Essen beigegeben werden. Aus diesen Rindertuberkulosebakterien entwickelt sich dann ein Schutzstoff in ähnlicher Weise, wie bei einer gewöhnlichen Pockenimpfung.“

Wachlich soll dieses Schutzmittel gegen die verheerende Proletarierkrankheit in den verschiedensten Staaten der Welt mit guten Erfolgen angewendet worden sein. Selbst die „Medizinische Gesellschaft“ sowie das „Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose“ haben keine Bedenken gegen die Anwendung des Calmetteschen Schutzverfahrens geäußert. Und so hatte sich die Stadt Lübeck als erste zu einem Versuch entschlossen.

Seit März d. J. wurde das Mittel in rund 246 Fällen versucht.

Abgabe und Ernährung der Säuglinge erfolgte unter Zustimmung der Eltern, die man zu überzeugen verstand, daß nunmehr ihre Kinder für ihr ganzes Leben gegen die Proletarierkrankheit gesichert seien.

Angesichts dieser entsetzlichen Folgen sah sich die verantwortliche Gesundheitsbehörde gezwungen, die Einstellung dieses auf einstimmigen Beschluß des Lübecker Gesundheitsamtes ein-

geführten Schutzverfahrens sofort zu veranlassen. Daß irgendein Versehen bei der Zubereitung der Kulturen aus Paris oder bei der Weiterentwicklung der Kulturen im Lübecker Krankenhaus geschehen seien, wird von den Lübecker Ärzten in Abrede gestellt. Nach deren Behauptungen sollen die aus Paris bezogenen Kulturen

in Lübeck erst einmal an Tieren erprobt

und in allen Fällen für einwandfrei befunden sein.

Die gestorbenen Säuglinge, desgleichen auch die erkrankten, zeigen Anschwellungen der Halsdrüsen, Ausschläge und Anschwellungen der Bauchdrüsen, also alles Anzeichen der typischen Tuberkuloseerkrankungen.

Die Lübecker Unglücksmeldung hat in den Kreisen der bürgerlichen Wissenschaft nicht geringe Bestürzung und Aufregung verursacht. Glaubte sie doch endlich ein sicheres und

den Sozialetat des bürgerlichen Staates nicht allzu sehr belastendes Heilmittel

gegen die unheimlich grassierende Proletarierkrankheit Tuberkulose gefunden zu haben. Vom Standpunkte der bürgerlichen Wissenschaft, also vom Klassenstandpunkte der kapitalistischen Mediziner, die dieses Verfahren in unverantwortlicher Weise als „erprobtes Heilmittel“ ausposaunten, bedeutet das Lübecker Drama geradezu eine katastrophale Enttäuschung. Doktor sie doch bereits jahrzehntelang mit allen möglichen Pflanz- und Serums an den Wirkungen der verheerenden Tuberkuloseerkrankung herum, ohne das Uebel jemals an der Wurzel zu fassen. Erst dann, wenn sich diese Herren bequem mit der revolutionären Arbeiterschaft und mit den freudig mitdenkenden Ärzten konsequent einzutreten für ausreichende Entlohnung, für Befreiung der entsetzlichen Wohnungsnot, Bereitstellung größerer Mittel für Sozialausgaben und endlich Befreiung des kapitalistischen Klassenstaates, erst dann wird mit Hilfe der ernsthaften medizinischen Wissenschaft die fürchterliche Geißel Tuberkulose aus der Welt geschafft werden.

## Vor Eröffnung der „Turksib“



Unser Bild zeigt die Vereinigung der beiden Schienenstränge. Die Arbeiter befestigen die letzten Schrauben. Einige Minuten später fährt unter brausendem Jubel aller von nah und fern herbeigeeilten Zuschauer der erste Eisenbahnzug über die vereinigten Strecken.

## Wo Fridtjof Nansen starb



Unser Bild zeigt Nansens Villa in Fornebo bei Oslo.

## Riesenfeuer in der Wolga-Republik

Über hundert Häuser eingäschert — Ganze Bevölkerung beteiligt sich an Lösarbeiten — Sowjetregierung organisiert großzügige Hilfsaktion

### Pokrowsk



Unser Bild gewährt einen Blick auf das malerisch an der Wolga gelegene Pokrowsk, einer Stadt von 34 000 Einwohnern.

Moskau, 14. Mai. In Pokrowsk, der Hauptstadt der Deutschen Wolgarepublik, entstand am Montag ein riesiges Großfeuer, das sich infolge starken Windes über 10 Stadtröhren ausbreitete. Erst spät abends gelang es mit Hilfe der aus Saratow herbeigeeilten Dampfer und Dampfer des Feuers Herr zu werden.

Die Sowjetregierung hat, sobald sie Meldung von dem großen Unglück erhielt, eine Regierungskommission eingesetzt, die unverzüglich eine großzügige Hilfsaktion für die durch den Brand Geschädigten organisieren und eine Untersuchung der Brandursache einleiten soll.

In einer Bekanntmachung spricht die Regierungskommission der Bevölkerung von Pokrowsk den Dank aus für die unerschrockene Beteiligung bei der Bekämpfung des Feuers. Die Einwohner der abgebrannten Häuser wurden ausreichend mit Lebensmitteln versorgt und in Klubs und sonstigen öffentlichen Räumen untergebracht.

## Kalischacht III eröffnet

Wasserstand steigt ständig höher

Wienburg, 14. Mai. Die Lage der eröffneten Kalischächte in Wienburg verschlechtert sich ständig. Nunmehr hat sich herausgestellt, daß nicht nur das Parzschächchen Ester, sondern auch die vier unterirdisch ihr Wasser in die Schächte ergießt.

Der am Freitag neu entstandene Trichter ist durch weitere Erdstöße erheblich vergrößert worden. Der Boden des Trichters bildet einen ungeheuren Strudel, in den dauernd Erdmassen und Bäume hineinstürzen und darin spurlos verschwinden. Wie die im Schacht eingefahrenen Arbeiter, die bis zur 4. Sohle kamen, melden, soll das Wasser in den tieferen Schichten langsam aber ständig steigen. Am Dienstag abend mußte man den Schacht III als verloren aufgeben. Alles in allem sind bisher nicht weniger als 95 000 Kubikmeter Erdreich abgerutscht. Am Dienstag nachmittag ereignete sich am Bahndamm ein neuer Erdsturz, in der Nähe des Zinkenherdeinschnittes. Der Zugverkehr mußte vorübergehend eingestellt werden.

## Das tägliche Grubenunglück in Oberschlesien

Wieder 3 Kumpels tot

Gleiwitz, 14. Mai. Die am Montag in der Concorbiagrube in Hindenburg bei der schweren Schlagwetterkatastrophe getöteten Bergleute sind noch nicht beerdigt, da erreicht uns wiederum die Unglücksmeldung von einem Grubenunglück in Oberschlesien. Diesmal wurden auf der Zechenanlage Sojnitza in Gleiwitz drei Bergleute von hereinstürzenden Gesteinsmassen erschlagen. Während bereits die Leiche eines Pauerer Bergmanns in Sojnitza, sind die beiden anderen Bergleute noch eingeschlossen. Man hat keine Hoffnung, sie lebend zu bergen.

## Einsturzunglück in einem Kalkwerk

Auf bisher ungeklärte Weise löste sich am Dienstag nachmittag auf dem Kalkwerk Zengefeld bei Chemnitz eine etwa 300 Zentner schwere Wand, die 2 Arbeiter unter sich begrub. Beide konnten nur als Leichen geborgen werden.

## 52 000 Mark Kirchengelder „ehrenamtlich“ unterschlagen

In der Regensburg-Kirchenkasse, die ein dortiger Kohlenhändler ehrenamtlich verwaltete, wurde bei der Revision der Bücher ein Fehlbetrag von 52 000 Mark festgestellt. Gegen diese ehrenamtliche Säule der Regensburger Christenheit ist bei der Staatsanwaltschaft Anzeige eingereicht.

## Deutsches Reichspatent Nr. 500 000

Am 12. Mai hat das Reichspatentamt das 500 000. Reichspatent erteilt. Entsprechend dem rasenden Fortschritt der Industrialisierung Deutschlands ist auch die Zahl der Patentnummern gestiegen. Das Patentamt wurde im November 1877 gegründet und besteht somit heute 52 1/2 Jahre.

## Erwerbsloser vergiftet sich mit Salzsäure

Auf dem Arbeitsamt in Bremerhaven hat sich am Freitag der 30-jährige Konditor Hamke aus Berlin mit Salzsäure vergiftet. Hamke war auf Versprechungen von Lloyd-Beamten von Berlin nach Bremerhaven gekommen. Doch war es ihm hier nicht möglich, Arbeit zu erhalten. Schließlich kam er bei einem Bädermeister in Geestemünde unter. Doch auch hier wurde er bald wieder entlassen und nun beantragte er beim Arbeitsamt Bremerhaven Unterstützung, die ihm glattweg verweigert wurde. In seiner grenzenlosen Verzweiflung ließ sich Hamke beim Vorstehenden des Arbeitsamtes melden und kaum, daß er in dessen Zimmer eingetreten war, zog er eine Flasche aus seiner Rocktasche und trank den Inhalt auf einen Zug aus.

„Jetzt ist mir alles egal“,

sagte er dann, und fiel tot um.

Das Bremerhavener Organ der Sozialdemokraten, die „Norddeutsche Volksstimme“, die ihren Lesern diesen Vorfall nicht vorenthalten kann, findet an dieser für die Not der Erwerbslosen bezeichnende Verzweiflungstat nichts Besonderliches. „Der Unterstützungsanspruch Hamkes hätte erst geprüft werden müssen.“ (!) Schluß. Punktum.

Das Millionenheer der Arbeitslosen, das diese jamose „Prüfung“ zur Genüge kennt, muß endlich Schluß mit diesen „ewigen Prüfern“ machen und sie mit samt ihren kapitalistischen Auftraggebern aus den Arbeitsämtern verjagen.

# Breslau

## Dem Hochhaus zugestimmt

Das Präseamt teilt mit: Der Franz- und Bauauschuss der Stadtverordnetenversammlung haben in ihrer gemeinschaftlichen Sitzung gestern Mittwoch der Errichtung des neuen am Ring vor-  
gezeichneten Geschäftshochhauses für die Städtische Sparkasse zugestimmt. Es wurde beschlossen, der Vollversammlung die dringliche Behandlung der Vorlagen zu empfehlen, so daß sie voraussichtlich am Donnerstag verabschiedet werden wird.

**Badewerbot endlich aufgehoben.** Eine Verordnung des Polizeipräsidenten hebt das Badewerbot außerhalb von Anstalten an öffentlichen Orten innerhalb des bebauten Teiles der Stadt Breslau und das Badewerbot in der Dyle im Gebiet der Stadt Breslau von der Mündung in die Oder bis einschließlich Wolsdorf auf.

**Selbstmord.** Am Dienstag gegen 22 Uhr beobachteten einige Personen, wie eine etwa 22 Jahre alte Frau an der Posener Eisenbahnbrücke in die Oder sprang. Es handelt sich vermutlich um die 28jährige Ehefrau eines Versicherungsinspektors, die sich besuchswiese bei ihrer Mutter aufgehalten hat. Die Leiche ist bisher nicht geborgen.

**Monatstätigkeit der Feuerwehr.** Im Monat April ist die Feuerwehr 98 mal ausgerückt, und zwar zu: 2 Großfeuern, 5 Mittel-  
feuern, 14 Kleinfuern, 1 Schornsteinbrand, 3 Landfeuern, 14 mal zu blühendem Alarm, 2 mal zu böswilligem Alarm, zu 4 Wasserschäden und 33 anderweitigen Hilfeleistungen. Die Krankenwagen sind in der Stadt zu Unfällen 142 mal, zur Krankenbeförderung 720 mal, nach außerhalb 7 mal ausgerückt. In diesen 875 Fahrten sind zusammen 8005 Kilometer zurückgelegt worden. Die Unfallschäden sind 24 mal in Anspruch genommen worden.

## Gebt für den Verteidigungsfonds der Roten Hilfe!

**Großer Geschäftseinbruch am Ring.** In der Nacht zum Sonntagabend drangen Einbrecher in ein am Ring gelegenes Porzellan-  
geschäft ein und stahlen daraus Textilwaren, wie Unterhosen, Schläfer, Nachthemden, Strümpfe und Kombinationen im Gesamtwert von etwa 8000 Mark. Für Wiederherbeischaffung des Diebesgutes ist eine Belohnung von 10 Prozent ausgesetzt worden.

**Achtung Juchsu!** Arbeiter, verteidigt euch, lernt Juchsu! Euren Kursus für Anfänger (Männer und Frauen) führt die Sportvereini-  
gung Nordost 03 durch. Interessenten melden sich in der Turnhalle, Andersenstraße 5, Hof 1, rechts, oder bei dem technischen Leiter H. Glöckner, Gabelstraße 42. Die Kursausleitung liegt in den Händen eines Sportgenossen, der schon mehrere Kurse erfolgreich geleitet hat. Meldefrist Freitag, 23. Mai. Beginn Dienstag, 27. Mai, 20 Uhr, in der Schule, Andersenstraße.

**Ma-Probe morgen Freitag 20.15 Uhr** in der Gymnasialschule Nikolaistraße 18. Alle Genossinnen und Genossen, die ein Sprechrohr und in den Redaktionen mitwirkten, müssen pünktlich erscheinen.

**Kinderschrei!** Alle Arbeiterkinder, die an einem Sprechrohr mit-  
wirken wollen, kommen Freitag 16 Uhr zu Krndt, Malergasse. Besondere eingeladen sind die Mitglieder des Jungpartalusbundes.

**Eine Wanderversteigerung** im Städtischen Wandelhause findet am Donnerstag, dem 15. Mai, statt. (Siehe Inserat.)

# Vertrags-Scandal um das „E.-W. Schlesien“

### Der Anschluß bringt nur Nachteile für die Stadt — Trotzdem wird er vom Magistrat verlangt

In der heutigen Stadtverordnetenversammlung soll der Anschluß der Städtischen Elektrizitätswerke an die private „Elektrizitätswerk Schlesien Aktien-Gesellschaft“ behandelt werden. Die kommunalistische Stadtverordnetenfraktion wird diese Vorlage ablehnen.

Der Magistrat hat es mit dem Anschluß jedenfalls sehr eilig gehabt, denn er hat bereits einen Vertrag ausgearbeitet. Es ist natürlich nicht möglich, im Rahmen eines kurzen Artikels auf alle, besonders die technischen Einzelheiten des Planes, einzugehen. Hier sollen nur die wichtigsten Gründe angeführt werden, aus denen herab die Ablehnung des Vertrages für die Kommunisten selbstverständlich ist.

Da ist als erstes einmal die prinzipielle Seite der Angelegenheit. Es wird heute kaum noch ernsthaft abgestritten, daß der Anschluß an das Elektrizitätswerk Schlesien geschieht unter dem Gesichtspunkt, den Weg frei zu machen zu einer allmählichen vollkommeneren Auslieferung der städtischen Betriebswerke an das Privatkapital.

Das braucht nicht von vornherein eine nach außen deutlich erkennbare Einflussnahme privatkapitalistischer Kreise auf die Verwaltung des städtischen Besitzes sein. Das kann durchaus, auch wie in dem Fall des „Elektrizitätswerks Schlesien“, dadurch geschehen, daß durch Verträge eine vollkommene Verknüpfung mit Privatunternehmen erfolgt, wobei die Konsequenz der Entwicklung in der Richtung einer immer weiteren Verschmelzung der „beiderseitigen Interessen“ verläuft, d. h. faktisch das immer stärkere Hervortreten des privatkapitalistischen Einflusses bedeutet.

Aber auch abgesehen von diesen grundsätzlichen Erwägungen sind auch alle anderen Begleiterscheinungen des Planes, mögen es die technischen oder die finanziellen sein, keineswegs angehen, seine Annahme zu begründen. Es ist tatsächlich, so unglaublich dies auch im ersten Augenblick scheinen mag, so, daß alles gegen den Anschluß spricht.

Die Stadt, das heißt die wertvolle Bevölkerung, hat von dem Anschluß nur Nachteile. Das, was von seinen Verteidigern als Vorteil hingestellt wird, sind Aktien. Und trotzdem hat der Magistrat dem Anschluß zugestimmt. Es ist ein weiterer Beweis dafür, wie falsch die wirtschaftliche Reaktion geworden ist und wie sie bereits die

sogenannten „Funktionäre des Allgemeinwohls“, was zu sein die Magistrat doch sonst vorgeben, zu ihrem bedingungslos willfährigen Diener gemacht hat.

Eines der „vollständigen“ Argumente, berechnet für die Querulantenkreise aus dem „Bürgervereinen“ ist das, daß durch den Anschluß an das Werk Schlesien in Zukunft verhindert wird, daß bei Störungen in den städtischen Werken Breslau ohne elektrischen Strom ist. Tatsächlich ist aber in dem Vertrage von einer solchen Sicherung absolut nicht die Rede. Im Gegenteil: es heißt zum Beispiel ausdrücklich, daß das Elektrizitätswerk Schlesien bei irgendwelchen Störungen in seinem Betriebe von allen Lieferungen an die Stadt vollständig und die Stadt „irgendwelche Entschädigungen nicht zu beanspruchen hat“.

Ein schöner Vertrag, in dem sich die Stadt zwar zu einschneidenden Entgegenkommen verpflichtet muß, wo sie aber nicht einmal gebilligt erhält, daß dasselbe Maß der Verpflichtungen auch der Vertragspartner übernimmt.

Und nur die finanzielle Seite des Anschlusses. Um es kurz zu sagen: Nach sachmännlichen Berechnungen wird der von der „Aktiengesellschaft Schlesien“ bezogene Strom pro Kubikmeter mit 10 Pfg. Selbstkostenpreis für die Stadt

mehr als zweimal so hoch sein, wie bei der Eigenherstellung. Die Folge des Anschlusses wird bestimmt eine allgemeine Stromtarifierhöhung sein.

Besonders bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß der Plan eines Anschlusses vor ein paar Jahren, obwohl er damals unter für die Stadt günstigeren Bedingungen erfolgen sollte, von der Stadtverwaltung und ihren Deputationen abgelehnt wurde. Und heute? Das Verhalten der verantwortlichen Stellen ist unter diesen Umständen nichts anderes

als eine bewußte Schädigung der Interessen der Stadt. Hinweg mit dem Vertrage, bevor er Wirklichkeit geworden ist. Ausbau der städtischen Elektrizitätswerke, die man systematisch und absichtlich durch Rücklagen-Abstriche dem technischen Verfall entgegengeführt hat, um das Argument zu ihrer Auslieferung an das Privatkapital zu haben.

# Fauler Kompromiß im Neumietereinstreik

### Der Vorstand des Neumietereinstreikverbandes glaubt ohne Befragen der Mitglieder handeln zu dürfen

Vorgestern haben zwischen einigen Magistratsvertretern und dem Vorstand des Neumietereinstreikverbandes weitere Verhandlungen über die Festschreibung der Neubaumieten stattgefunden. Die führenden Männer in dieser Besprechung waren unweifelhaft Sozialdemokraten, und zwar der „rechte“ Macho und der „linke“ Schramm vom Magistrat, und Wibera, Reim, Kähler, Kalinke vom Neumietereinstreikverband. Das Ergebnis dieser Verhandlung war kurz zusammengefaßt folgendes:

Die Vertreter des Neumietereinstreikverbandes gaben ihre Zustimmung zu folgender, angeblich von dem durch den Magistrat einge-

leiteten Unteranschuß ausgearbeiteten Erklärung ihre Zustimmung:

„Die Vertreter des Neumietereinstreikverbandes Breslau erklären, daß, wenn der Magistrat den Beschlüssen des Unteranschlusses vom 12. Mai 1930 beiträgt und wenn ferner die Siedlungs-A.-G. Breslau ihre gegen die zahlungsfähigen Mieter ergriffenen Maßnahmen, insbesondere die Verzugungsverhandlungen vor dem hiesigen Gericht, aufhebt, der Neumietereinstreikverband auf alle Agitation im Sinne der bisherigen Streikbewegung verzichtet und auf eine friedliche Beilegung und Verständigung hinarbeitet wird. Der Neumietereinstreikverband wird sich insbesondere dafür einsetzen, daß die Entschädigungen der in der Sitzung am 13. Mai 1930 vereinbarten Prüfungskommissionen auch von den Mietern anerkannt werden.“

Die Beschlüsse des Unteranschlusses, deren Durchführung vom Magistrat in der Erklärung gefordert wird, besagen: Im Monat Mai wird die Mieterhöhung nicht bezahlt. Im Monat Juni soll die Hälfte der Mieterhöhung gezahlt werden. Zur Festschreibung der Mieten soll eine Kommission gebildet werden, die auch die Mieter „hören“ soll. Auch sollen nach den Beschlüssen des Unteranschlusses die Neumieten einer Überprüfung unterzogen werden. Darüber hinaus ist die Entsendung einer gemischten Delegation zum Volkswohlratsminister geplant.

Wie sind der Auffassung, daß durch die Bildung der Kommission zur Festschreibung der Mieten die Hauptforderung der streikenden Neubaumieten keinesfalls als erklämpft betrachtet werden kann. Die Neubaumieten führen den Kampf gegen jede Erhöhung. Darüber hinaus haben sie in mehreren überfüllten Versammlungen in einstimmig angenommenen Entschlüssen zum Ausdruck gebracht, daß sie nach wie vor an der alten Forderung auf Mietenreduzierung um 20 Prozent festhalten. Für Mai brauchte die Kommission nicht mehr zu beschließen. Die Mieter selbst haben ihrer Forderung bereits in die Tat umgesetzt, indem sie eben nur die bisherige Miete bezahlt haben. Im Juni soll nach dem Beschluß des Unteranschlusses die Hälfte der Mieterhöhung gezahlt werden. Und im Juli? Der Magistrat glaubt, daß seine Bevollmächtigten Macho und Schramm bis dahin in der Lage sein werden, die Neubaumieten durch langwierige Verhandlungen zu verwirren, damit die geschlossene Kampffront zu zerbrechen und ihnen die nach Ansicht des Magistrats bzw. Siedlungs-A.-G. notwendigen Erhöhungen aufzuzwingen. Denn, wohlgerichtet, in der zu bildenden Mietenfestsetzungs-Kommission sollen die Vertreter der Mieter lediglich gehört werden. Zu bestimmen haben sie nichts.

Neubaumieterei! Seid auf der Hut! Seht den erfolgreich begonnenen Kampf geschlossen fort. Eure Parole lautet: Weder im Mai noch im Juni noch in allen nachfolgenden Monaten — auch nicht einen Pfennig Mieterhöhung!

**Donnerstag, den 29. Mai („Himmelfahrt“)**  
hält sich alles frei für die Dampffahrt der „Roten Hilfe“ nach Margareth.

Verantwortlich für den politischen Teil: Karl Schaller, Berlin; für den Propagandateil (außer Oberstleuten) Rudolf Brandt, Breslau; für Oberstleuten: Fritz Bendorz, Weidau; für Inserate: Karl Gansberg, Breslau.

# Wahrschluß im Provinziallandtag

### Kommunistische Abrechnung mit den Nazis

Gestern wurde im Provinziallandtag die Debatte über den Etat fortgesetzt. Als erster nahm Genosse Malzer das Wort und verurteilte scharf die großen Streichungen aus den Ansätzen des vergangenen Jahres. In den Ausschüssen sowie im Plenum tut man so, als ob man etwas täte, um nur die Arbeiterchaft draußen irrezuführen. Man habe den Wohlfahrtsrat stark gefördert, für die Not in den Gebieten der Stein- und Textilindustrie ist kein Pfennig eingesetzt worden; dafür aber ist für konfessionelle und andere Organisationsstellen genügend Geld vorhanden. Für die Wüderung des überaus großen Elends der breiten Massen der Arbeiterchaft bleibt nichts übrig, dafür aber Subventionen und Erlös der Besteuerer für die Bourgeoisie. Auch das sogenannte „Östprogramm“ wird nicht die Not der Massen beseitigen. Wir Kommunisten müssen das Östprogramm genau so wie den Etat ablehnen, da es nur die Belange der herrschenden Klasse der Industriellen und Großagrarien vertritt.

Da von dem Redner der SPD die Wohnungsfrage angeschnitten wurde, so ergriff Genosse Schulz noch einmal zu diesem Thema das Wort. Er wies auf den Streit der Mieter in den Siedlungen hier in Breslau hin, geißelte die Mietepolitik, besagte auch die bevorstehende Erhöhung der Mieten für Altmwohnungen. Die Wohnungsfrage bleibt nach wie vor ungelöst, sie verschärft sich noch bedauernd, und in diesem Parlament wehrt sich keine der Parteien gegen die Mieterhöhung. Nachher sprach noch ein halbes Duzend Redner zum Etat; sie brachten aber nichts Neues vor.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters begann die zweite Periode der verschiedenen einzelnen Etats. Besondere Debatte löste ein Antrag der SPD-Fraktion aus, in den Provinzialanwaltschaften Zeitungen aller politischen Richtungen auszuliegen, „soweit sie die bestehende Staatsform nicht mit Gewalt ändern wollen“.

Da bis jetzt nur eine Zeitung, und zwar die „Schlesische Zeitung“ (1), gefaltet wurde, angeblich, weil sie am ausführlichsten die landwirtschaftlichen Fragen behandle. Dieser Antrag wurde dem Provinzialanwaltschaftsrat zur Erledigung überwiesen. Unsere Fraktion wandte sich mit aller Schärfe gegen den oben angeführten Passus und lehnte den Antrag in dieser Form ab. Nach der Annahme der einzelnen Etats erfolgte die zweite Lesung des Gesamthaushaltsplanes. Beigleichen gelangte das Östprogramm zur Annahme. Als Abschluß der Tagung wurde der Antrag der Nationalsozialisten, die während der ganzen Tagung weder in den Ausschüssen noch im Plenum zu irgendeiner Frage sachlich Stellung genommen hatten, behandelt, der folgenden Wortlaut hat: „Der Herr Oberpräsident Lüdemann genießt nicht das Vertrauen der niederschlesischen Bevölkerung. Die Preussische Staatsregierung wird ersucht, ihn sofort abzurufen.“ Als Begründung dieses Antrages wurde vom Fraktionsvorsitzenden der Nazis das Verbot einiger Ortsgruppen sowie einer ihrer Zeitungen angegeben.

Genosse Bollwaber rechnete gründlich mit den Nazis ab. Er wies auf die Politik des Fried in Thüringen hin, dessen Maßnahmen als Vertreter einer „Arbeiterpartei“, wie sich die Nazis nennen, den Charakter der Unterdrückung, nicht aber der Vertretung ihrer Interessen haben. Auch auf dem Gebiet der Finanzpolitik zeigte Fried sein wahres Gesicht. Die Einführung der Kopfsteuer, die Erhöhung seines Gehaltes und anderes mehr beweisen, daß die Nazis die Handlanger der Bourgeoisie sind. Bezüglich des Mißtrauensvotums gegen den Oberpräsidenten führte Genosse Bollwaber an, daß auch wir Kommunisten Anlaß haben, dem Oberpräsidenten unser Mißtrauen auszusprechen, das aber einen politischen Grund hat. Die Vorgänge in Freiburg am 6. März sind bezeichnend für die „unparteiliche“ Einstellung des Herrn Lüdemann. Trotz des Verbots der Nazis in Freiburg wurden diese im Rathaus untergebracht, um im gegebenen Moment auf die demonstrierende Arbeiterchaft, zusammen mit der Polizei, losgelassen zu werden. Nach einer längeren Debatte über diesen Antrag erfolgte namentliche Abstimmung, bei der sich die Kommunisten der Stimme enthielten, da nur über den zweiten Teil des Antrages, und zwar nur über den Satz: „Die Staatsregierung wird ersucht, ihn sofort abzurufen“, abgestimmt werden sollte. Unsere Genossen gaben nach der Abstimmung die Erklärung ab, daß durch Ernennung einer anderen Person das System doch dasselbe bleiben würde.

Der Ausklang der Beratungen dieses „Bananen-Parlaments“, wie Genosse Bollwaber es in seinen Ausführungen nannte, was ihm einen „Ordnungsbruch“ durch den Präsidenten einbrachte, war der übliche Schluß. Alle Redner der bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD, schlossen ihre Ausführungen mit einem „Danke an die Verwaltung“. Der Oberpräsident dankte dem Landtag, der Alterspräsident dem Präsidenten, und in einem Schwulst von Phrasen wurde der Provinziallandtag geschlossen.

# Heute Donnerstag, 16 Uhr, auf dem Neumarkt Große Kundgebung für die Erwerbslosen-Forderungen

der kommunistischen Stadtverordneten • Gegen den Hungertod des Breslauer Magistrats!

# D Empfehlenswerte Geschäfte in Niederschlesien

Görlitz

## Landsteiner Bier

IN MERLENSENUS 10148

**Wäschehaus Hermann Junge** **Marktplatz 6**  
 gegenüber d. Dicken Turm  
 Bettwäsche, Tischwäsche, Leibwäsche, Trikotasen 12023  
 Strümpfe, Wollwaren, Kleider- und Wäsche Stoffe, Gardinen

**Die besten Röstkaffees** **Alfred Klingenberg**  
 Komm.-Gesell.  
 sowie alle Kolonialwaren, Weine, Liköre,  
 Zigarren u. Zigaretten kaufen Sie in nur ersten  
 Qualitäten preiswert u. am vorteilhaftesten bei  
 12026 6% in Marken!

**Görlitzer Bürgerbräu**  
 in Qualität unübertroffen!  
 12016

**ZENTRALBAD, Hospitalstrasse 32** 13.65  
 Dampfäder, elektr. Bäder, alle medizinischen Bäder, Wannenbäder

**Ihre Einkäufe** **Güt und billig nur im**  
**KAUFHAUS STRAUSS**  
 RUDOLPH KARSTADT A. G. GÖRLITZ 12027

**Fahrradhaus Ebner**  
 Elisabethstraße Nr. 25  
 Sprechmaschinen, Nähmaschinen 13144

**MAX BENTHIN**  
 Görlitz  
 Jakobstraße Nr. 33  
 Bandagen, Leibbinden, Gummistricke,  
 Strümpfe, Fußsandalen  
 Lieferant aller Krankenkassen u. Genossenschaft. 13368

Fahrräder :: Nähmaschinen  
 Ernst Seidel  
 Demianiplatz 19/20  
 12019

**Lauban**  
**ANTON PILZ, Nikolaistraße Nr. 23**  
 Mühlenprodukte  
 Hülsenfrüchte — Kolonialwaren 13124

**Penzig OL.**  
**S. Frankenstein & Co.**  
 Billigste Preise für  
 Kurz-, Weiß- und Wollwaren 13370

**Aug. Litzke**  
 Beste Bezugsquelle  
 in Trauben- u.  
 Beerenweinen  
 Spirituosen aller Art  
 Ruf 407 35108

**Wurst- und Fleischwaren**  
**Frühstücker**  
**Wilhelm Heptner**  
 Niederstr. 10-11  
 13474

Reserviert Nr. 5  
 13129

Gustav Hitziger, Sorauer Straße 23  
 Lebensmittel — Delikatessen 13139

**Lebensmittel-Geschäft**  
**E. Nitschke**  
 Breitestrasse 14  
 13509

Schokoladen  
 Zuckerwarenhaus  
**„Record“**  
 Inh. Wilh. Tschöpe  
 Niedertorstr. 11  
 13495

chinesisches Leinwandgeschäft  
**A. Frensel & Sohn**  
 Berufskleidung, Wäsche, Trikotasen  
 13150

**REICHS-DROGERIE**  
 Erich Lehmann 13140

**Gebrüder Metzker**  
 Breitestrasse 75  
 Garderoben  
 auf Teilzahlung 13510

Bäckerei  
 u. Kolonialwaren  
**Karl Jänsch**  
 Züllichauer  
 Chaussee 14  
 13503

die Haberecht, Naumburger Str. 34  
 Abrenommirtes Spezialgeschäft 13152

Carl Berndt, Wilhelmstraße 9  
 Molkereiprodukte 13142

**Joseph Andorff**  
 Berliner Straße 83  
 Kolonialwaren  
 Spirituosen  
 Tabakwaren  
 13500

**Kurt Geisler**  
 vom. Martin Schild  
 Eckenerstr. 8  
 Kolonialwaren u.  
 Tabakwaren 13501

inkt Milch  
**Laubener Molkerei**  
 e. G. m. b. H.  
 13135

**Grünberg**  
**Modehaus Guffeld** 13502  
 Breite Str. 3, ist Ihre beste Einkaufsquelle

**Brot- und Feinbäckerei**  
**Adolf Niecke**  
 Silberberg 5  
 13511

**Fritz Baumgart**  
 Molkerei-Erzeugnisse  
 Grünberg/Schl.  
 Berliner Straße 1  
 Telefon 787  
 13492

Woll- und Baumwollwaren  
 Trikotasen  
 Infanterie, Bettfed.  
**Emil Bodmann**  
 Nikolaistraße 3

**KUNELLA GOLD**  
 mit den wertvollen  
**KUNELLA BONS**  
 allein erhältlich in der  
**UNELLA - BUTTERHANDL.** 13487

**M. Menzel & Co.**  
 Niederstr. 38  
 Schokoladen u.  
 Konfitüren 13483

**Kolonialwarengeschäft**  
**Ewald Sücker**  
 Schertendorferstr. 16  
 13490

**Bäckerei u. Konditorei H. Hohenforst**  
 N. Altl. 9/10, empfiehlt stets frische Back-  
 und Konditorwaren in großer Auswahl. 13134

**Trinkt GRÜNBERGER**  
**Bergschloss-Biere** 13486

**J. P. Mangelsdorff**  
 Inhaber  
 Ww. Berta Röhrnick  
 Zigarren-  
 Spezial-Geschäft  
 Ring- und  
 Poststrassen-Ecke  
 13478

**Brot- u. Feinbäckerei**  
**Arthur Fix**  
 Mühlweg 31  
 13488

**Laubener Fischhalle**  
 Größtes Spezialgeschäft / Inh. Alex Winkler  
 13136  
 Görlitzer Straße 9

**Gustav Staub**  
 Beste Bezugsquelle  
 für Woll-, Weiß- u. Mannfakturw.  
 Berufskleidung 13485

**W. Grau**  
 Damen-Konfektion  
 Aussteuer-Waren  
 Kleiderstoffe  
 preiswert und gut 13488

**Sortimentshaus** 13376  
**THEOPHIL ROSENTHAL**

**Wurstfabrik Gerhard Hentschel**  
 Frühstückstube — Fernsprecher 233  
 Versandhaus für Dauerware 13137

**Obst, Gemüse u. sämtl. Lebensmittel**  
**PAUL SCHRECK**  
 Hatfeldstraße Nr. 47  
 13505

**SCHMIDTCHEN & CO.**  
 Haus- und Küchengeräte  
 Werkzeuge für jedes  
 Handwerk / Baustoffe  
 13491

**SCHIFFER & SOHN**  
 Wurst- und Fleischkonserven-  
 fabrik, Schinkensalzerei 13377

**Greiffenberg**  
**Paul Queisser, Zittauer Str. 6**  
 Schuhwaren-Reparaturwerkstatt 13232

**Spirituosen, Weine und Fruchtwine**  
**G. A. SEELER**  
 Eckenerstraße 15  
 13506

**HERMANN WERNER**  
 Kolonialwaren u. Molkerei-Produkte  
 Schloßstraße 7 13380

**ERICH KUHN, Oberstraße 19**  
 Schuhwaren  
 Maß- und Reparaturwerkstatt 13373

**Fleisch- und Wurstwaren**  
**Emil Glaubitz, Zittauer Str. 7** 13233

**W. VERLOHR**  
 Fruchtwine, Fruchtsäfte  
 Naturwein-Versand / Neustadtstr. 24  
 13507

**LEINENHAUS**  
**HEINRICH HAMMERLA**  
 Leinwand- und Baumwollwaren  
 Kleiderstoffe, Wäsche, Trikotasen  
 13375

**HERREN- und Knaben-Konfektion**  
 Schuhwaren  
**Gustav Scholz, Klosterplatz 4/5** 13379

**Willi Körner, Kirchstraße 13**  
 f. Fleisch- und Wurstwaren 13234

**ELTWI** Installationen, Apparate  
 Befeuchtungskörper  
 13484  
 Niederstraße 12

**LEINENHAUS**  
**HEINRICH HAMMERLA**  
 Leinwand- und Baumwollwaren  
 Kleiderstoffe, Wäsche, Trikotasen  
 13375

**HERMANN WERNER**  
 Kolonialwaren u. Molkerei-Produkte  
 Schloßstraße 7 13380

**Friseur und Puppenklinik**  
**Ernst Hasse, Laubener Str. 48** 13235

**ELTWI** Installationen, Apparate  
 Befeuchtungskörper  
 13484  
 Niederstraße 12

**LEINENHAUS**  
**HEINRICH HAMMERLA**  
 Leinwand- und Baumwollwaren  
 Kleiderstoffe, Wäsche, Trikotasen  
 13375

**HERMANN WERNER**  
 Kolonialwaren u. Molkerei-Produkte  
 Schloßstraße 7 13380

**NSU-Motorräder / Kraftfahrerschule**  
 für Herren- und Berufsfahrer  
**Bruno Dorn, Automobile**  
 am Hauptbahnhof 13344

**Motorräder, Fahrräder, Nähmaschinen**  
 Uhren und Sprechapparate  
**W. SCHÜTLER**  
 Am Dreifaltigkeitkirchhof 13497

**Sagan** 13360  
 in Sagan  
**Das Apollo-Theater**

**J. HESSE / Tischer Ring 22**  
 May-Kreuz mit feinem Wäschstoff  
 Datschd Mk. 2,10 bis 2,80 13504

**Fritz Skupin, Ring 35**  
 Herren- und Knaben-Bekleidung 13345

**Paul Wenger, Markt 6**  
 Schuhwaren jeder Art 13504

**R. Sommer, Bahnhofstraße 23**  
 f. Fleisch- und Wurstwaren 13559

**O. Lehmann, Keplerstraße 16**  
 Bäckerei und Konditorei 13557

**MAX JAKOB**  
 Kolonialwaren und Kohlen-Größthandlung  
 Freiheitsstraße 8 13553

**Gasthof „Deutscher Kaiser“**  
 Inh. Oswald Siebert  
 Halte meine Lokalitäten der Arbeiter-  
 schaft bestens empfohlen. 13549

**„PROBAT“** **BERNHARD ZINDLER, Schreier Str. 24**  
 Das Lebensmittelhaus der volkstümlichen Preise 13003

**Brandt & Wegner** Ecke Hohen- und  
 Ecke Keplerstraße 13002

**E. SABORROSCHE** Brot-, Weiss- u. Feinbäckerei  
 BRÜDERSTRASSE 17 13000

**Sprottau**  
 Bäckerei — Konditorei  
**Heinrich Liebig, Glogauer Straße 30** 13530

**Lederhandlung Wilhelm Paschel**  
 Herrenstraße 7 13531

**H. GÖLDNER, Jüdenstraße 5**  
 Zigarrenhaus 13532

**Orto Großmann, Jüdenstraße 3**  
 Fahrrad- und Nähmaschinen  
 eigene Reparatur-Werkstatt 13533

**Billig und gut kaufen Sie**  
 Herren-, Damen- und Kinder-  
 Bekleidung, Wäsche, Triko-  
 tagen, Wollwaren und Berufs-  
 kleidung bei  
**ADOLF SCHINDLER**  
 Markt 36 13534

**Bäckerei und Konditorei**  
**EMIL RUTSCH, Markt Nr. 3** 13535

**Bunzlau**  
**Sortimentshaus** 13376  
**THEOPHIL ROSENTHAL**

**SCHIFFER & SOHN**  
 Wurst- und Fleischkonserven-  
 fabrik, Schinkensalzerei 13377

**ERICH KUHN, Oberstraße 19**  
 Schuhwaren  
 Maß- und Reparaturwerkstatt 13373

**Kauft Herren- u. Knabenbekleidung**  
 bei **EWALD TUCH** 13489

**MÖBEL**  
 kauft ihr preiswert bei  
**Otto Schulz, Burgstr. 17** 13490

**Mannfaktur-, Weiß- und Wollwaren**  
**AUG. GÖRNTH**  
 Breite Straße Nr. 1  
 13498

**Brauerei „Tivoli“**  
 M. Baudach  
 Karamel- und Einfachbier  
 Kohlenhandlung 13556

**Paul Hänsel, Sorauer Straße 22**  
 Nähmaschinen / Fahrräder 13551

**F. ROLLMANN, Markt 24**  
 Inh. R. Koblitz Telefon 57  
 Uhren, Gold- u. Silberwaren, Optik  
 13647

**Möbel-Peterknecht**  
 13508  
 Keplerstrasse 48

**MAGDEBURGER**  
**GRADENKÄMLER**  
 Freiheitsstraße Nr. 11  
 13523

**Georg Bick, Nachf.** 13004  
 Das größte Kaufhaus  
 mit den niedrigsten Preisen

**Reserviert** 13648

**„PROBAT“** **BERNHARD ZINDLER, Schreier Str. 24**  
 Das Lebensmittelhaus der volkstümlichen Preise 13003

**Brandt & Wegner** Ecke Hohen- und  
 Ecke Keplerstraße 13002

**E. SABORROSCHE** Brot-, Weiss- u. Feinbäckerei  
 BRÜDERSTRASSE 17 13000

**Sprottau**  
 Bäckerei — Konditorei  
**Heinrich Liebig, Glogauer Straße 30** 13530

**Lederhandlung Wilhelm Paschel**  
 Herrenstraße 7 13531

**H. GÖLDNER, Jüdenstraße 5**  
 Zigarrenhaus 13532

**Orto Großmann, Jüdenstraße 3**  
 Fahrrad- und Nähmaschinen  
 eigene Reparatur-Werkstatt 13533

**Billig und gut kaufen Sie**  
 Herren-, Damen- und Kinder-  
 Bekleidung, Wäsche, Triko-  
 tagen, Wollwaren und Berufs-  
 kleidung bei  
**ADOLF SCHINDLER**  
 Markt 36 13534

**Bäckerei und Konditorei**  
**EMIL RUTSCH, Markt Nr. 3** 13535

**Bunzlau**  
**Sortimentshaus** 13376  
**THEOPHIL ROSENTHAL**

**SCHIFFER & SOHN**  
 Wurst- und Fleischkonserven-  
 fabrik, Schinkensalzerei 13377

**ERICH KUHN, Oberstraße 19**  
 Schuhwaren  
 Maß- und Reparaturwerkstatt 13373

**Wintergarten**  
 Jeden Sonntag grosser Ball 13374

**Schuhreparatur**  
 Größter elektr. Betrieb  
**P. Kwintkiewitz, Burgstraße 50** 13375

**Kauft nur**  
 Stoffe und Futtersachen  
 Herren- u. Knabenbekleidung  
 bei **J. Cohn, Ring 23/24** 12809

**Butter — Margarine — Käse**  
 Butterballe „Victoria“, Franzstraße 19  
 Paul Delica 12210

**Milch- und Molkereiprodukte**  
**E. Walter, Gartenstraße Nr. 4** 13381

**Kauft bei** 13382  
**GRIESCHE**  
 Burgstr. 38

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!



# Oberschlesien

## Fürsorge-Zuchthaus für revolutionäre Jungarbeiter

Zuallererst war die „Fürsorge“ für hilfsbedürftige, gefährdete und vernachlässigte Jugendliche. „Fürsorge“ wurde angeordnet, wenn die Eltern oder der Vormund das geistige oder seelische Wohl des Kindes dadurch gefährdeten, daß sie das Recht der Sorge für das Kind mißbrauchten, es vernachlässigten oder sich eines ehrlosen und unbilligen Verhaltens schuldig machten.

Der kapitalistische Staat war froh, die Sorge für diese Opfer der Ausbeutung los zu werden. Ihm war nichts daran gelegen, die Ursachen, die wirtschaftliche Not, welche als Hauptursache in der Familie mit zur Gefährdung der Erziehung beitragen, zu ändern. Im Gegenteil, die Löhne der Arbeiter wurden kleiner, die Arbeitszeit länger, Frauen, ja selbst Kinder arbeiteten mit, um die Familie zu ernähren.

Was der Staat schuf, war ein Gesetz, welches im Rahmen der bürgerlichen Gesetzgebung ein Spezialgesetz wurde (1901), wonach rechtliche Handhabung zur Zwangsverziehung geschaffen wurde. Die Anstalten wurden durchweg zu Domänen der Kirche, welche sich nicht scheute, die scharfen Bestrafungsmethoden gegen die doppelt betroffenen Jugendlichen auszuführen. Die kleinste Demütigung genügte, um Junge oder Mädchen der Willkür der Anstalt für Jahre, ohne gewerkschaftlichen Schutz, bei schwerer Arbeit, ohne Lohn, ohne wirksamen Weg der Beschwerde preiszugeben. Eltern und Jugendliche bezogen die ersten um eine heranwachsende Verdiensthilfe; den Jugendlichen um Lohn, Freiheit und gesellschaftliche Rechte. Zwangsfürsorge ist zum Schrecken aller Jugendlichen geworden. Menschen, die damit bedroht wurden, verübten Selbstmord, um ein Ende der Elendstortur zu machen. Die Strafe ist schrecklicher, wie die eines Verbrechens, der weiß, daß nach fünfzehn Jahren seine Zeit um ist. Der Fürsorgezögling geht auf Jahre in diese Zuchthäuser. Durchbrocht er seine Fesseln für einige Stunden und läuft fort, so ist er gewiß, noch härtere Strafen bis zum 21. Lebensjahre zu erhalten.

Nach Beendigung der Festsitzjahre fährt der Leidensweg des aus den Gewohnheiten der Gesellschaft Entfremdeten fort.

Was ist heute? Alles ist geblieben, nur daß die Festsitzjahre größer sind, und die staatlichen Prügelanstalten als profitabile Unternehmen in die Hände staatlicher Pflege (unter Aufsicht der Jugendämter) übergegangen sind.

Der Boden für die Zwangsfürsorge ist allerdings günstiger geworden.

Mit der Verschärfung der kapitalistischen Wirtschaftskrise, mit der wachsenden Massenverwerflichkeit und Unterdrückungslosigkeit der Jugendlichen tobt die Not der Familie und des Jugendlichen.

Im Betrieb und Berufsschule ausgelegt dem Willkürlichen Schandverurteilungsgesetz. Der Freiheit beraubt, Prügeln und Geld, ja selbst Arreststrafen terrorisieren ihn. Zwangswelke wird sehr widersprechend zu seiner Not Religionsunterricht eingeführt. Mit

diesen Mitteln denkt die Bourgeoisie den wachsenden Widerstand der heranwachsenden revolutionären Stimmung unter den Jugendlichen zu brechen.

Ausgerüstet mit dem Schund- und Schundgesetz, Verleumdungsgesetz, Republikanengesetz und Berufsausbildungsgesetz beginnt der Angriff gegen die Jungarbeiterschaft. Die Bourgeoisie ist in Gefahr, denn fortwährend entwickelt sich der Kampf; Streiks um höheren Lohn und gegen den Terror sind an der Tagesordnung. (Militärschulung, Zabarze.) Alle Polizeistrafen und Geldstrafen sind vergebens. Der Wille zum Kampf gegen dieses fluchwürdige System ist härter.

Der Staat greift ein!

Zwangsfürsorge ist das Kampfmittel. Bei Morgenandämmerung wurde in Gleiwitz der Berufsschüler Wille, 17 Jahre alt, gegen den Willen der Eltern nach Grottau abgeschoben. Viele andere wanderten ohne Kenntnis der Öffentlichkeit in Zwangsverziehung. Bei allen hat nur genügt, daß amtliche Stellen oder Geistliche sich beschwerten.

Ein zweiter frecher Fall spielt sich in Mysłowice ab. Die Öffentlichkeit muß hier Schlüsse daraus ziehen. Ein 16jähriger Berufsschüler, Mitglied des KJVD, befindet sich unter Anklage durch den berechtigten Schulschlichter Schlichter. Der Jugendliche hat weiter nichts getan, als Versammlungen und Demonstrationen gegen das System der Jugendausbeutung zu veranstalten. Vielleicht bei den Eltern und den Jugendlichen, trotzdem ist bereits heute Vorbereitung zur Zwangsfürsorge getroffen.

Der Prozeß findet am 21. Mai in Beuthen vor dem Jugendhofgericht statt.

Wegen Anwesenheit und Unruhe vor dem Hause des Prügelschleppers, wegen Eintreten für die Bezahlung der Berufsschulzeit und Verletzung der Schulzeit in die Arbeitszeit, das sind die wahren Ursachen.

Zwangsfürsorgeziehung — das muß helfen!

Arbeitereltern, jugendliche und erwachsene Arbeiter, erkennt diese Linie des Klassenfeindes. Schützt eure Kinder und Mitarbeiter vor solchen Brutalitäten. Kämpft unter Führung des kommunistischen Jugendverbandes für die Freilassung der auf solche Art verbannten Jugendlichen.

Heraus zum Protest am 21. Mai für die rote Schülerfront, gegen das willkürliche Schandgesetz, gegen die Einschränkung des Religionsunterrichts, für Bezahlung der Schulzeit und Verletzung in die Arbeitszeit, für die Wahl von roten Schülerräten, für Beilegung der faschistischen Lehrer in den Schulen.

Klozet abzunehmen und deren Namen zu vermerken. In sogar den Portier hat er damit beordert.

Herr Bergat Baumann, es liegt hundertweise Abfallholz in der Grube, welches verkauft, warum gönnen Sie nicht dem Arbeiter das handbreite Holz. Es sind doch schon so viele Anträge gemacht worden, daß bei der Deputatwahl jedesmal Holz mitgegeben werden soll. Natürlich wird es immer abgelehnt.

Arbeiter der Guido- und Delbrückstraße, Bergat Baumann und seine Lakaien lassen sich Kleinholz fuhrenweise anfahren, und auch verbietet man, ein Stückchen Holz mitzunehmen.

Es würde für den Preußengruppel sehr wünschenswert sein, wenn Bergat Baumann mehr Umschau wegen den Fahrwegen hätte und diese in Ordnung bringen läßt.

Arbeiterkinder werden als „Lumpen“ bezeichnet. Wir erhalten eine Zuschrift, wonach sich folgender Vorfall zugetragen haben soll: Der Lehrer Czamie von der Juchowitzer Schule ging mit seiner Klasse die Straße entlang. Und weil die Kinder nicht im Paradezug dahingehen, sondern auf der ganzen Straße ausschweiften, wie halt Kinder sind, wurden sie von diesem „Kadogogen“ mit Lumpen, Lergen, ich zerhaue euch die Fresse usw. beschimpft.

Wir verwahren uns dagegen, daß ein Lehrer die Kinder der Arbeiter mit Lumpen und Lergen bezeichnet. Glaubt der Lehrer etwa, daß ihm nicht beigebracht werden könnte, wie er proleten Kinder zu behandeln habe? In letzter Zeit mehren sich derartige Fälle. Die Elternschaft sollte dafür sorgen, daß bei den kommenden Elternbeiträgen diese Leute einen Dämpfer aufgesetzt bekommen.

### Ratibor

#### Neuer Mord im Kreise Ratibor

Im Kreise Ratibor wurde wieder eine neue Mordtat angeordnet. Der Gemeindevorsteher Siemon fand auf dem Wege nach Nosurau den Arbeiter Adolf Seibach aus Silberkopf, Kreis Ratibor, im Strangengraben unter Heu verendet ermordet auf. Er war mit einer Karre unterwegs gewesen. Die Behörden sind sicherhaft mit der Aufklärung der neuen Mordtat beschäftigt.

Die Krims wieder leer ausgegangen! Dieser Tage veranstalteten die Kriminalbeamten des sozialfaschistischen Polizeipräsidenten Djesowitz bei verschiedenen Genossen Hausdurchsuchungen. Sie suchten nach der Bucharin-Broschüre gegen die Papsthege, die den Leuten

## Rüstet zum Grenztreffen Pfingsten in Ziegenhals!

Der Aufmarsch in Ziegenhals ist der Generalappell des KJVD, Bezirk Oberschlesien. Es muß der zweite Schlag gegen die bürgerlichen Jugendorganisationen, gegen die sozialfaschistische Arbeiterjugend und ihr deutsch-polnisches „Verständigungs“-manöver werden. Wenn zum Reichsjugendtag einhundert Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen trotz aller Schwierigkeiten fuhrten, selbst polnische Jungarbeiter ihre Kampfbereitschaft durch Teilnahme an der Delegation trotz der in Pilsnitzer-Polen herrschenden Diktatur bekundeten, so muß in Ziegenhals unser Verband hundertprozentig und mit ihm die Jungarbeiter aus Schacht und Hütte aufmarschieren.

Parole: Durchbrecht den Terror in Ziegenhals — Straße frei für den KJVD!

Rechtsleitung des KJVD.

kehr an die Kieren gegangen sein mag. Die Ad.-Zeitschrift „Tribunal“ wurde beschlagnahmt und wieder retour gebracht, weil die Beschlagnahme aus Dummheit und Ueberleier geschah.

H. Der Luftmörder als Mörder der Arbeiter entlarvt! Der verhasste Luftmörder Bauer wurde nunmehr als ein Mörder der Arbeiter entlarvt. Er war wegen Raubmordes am Gewandmachermeister Mazurek 1919 vom Brünner Schwurgericht zu lebenslänglichem Kerker verurteilt worden. Er kuschelte Gefesselt vor und wurde schließlich in die Landesirrenanstalt nach Sternberg übergeführt, aus der er am 15. Januar 1930 flüchtete. Seit dieser Zeit wird er von den höchsten Behörden gesucht. Für die Pöbelvorher Morde scheint er demnach nicht in Frage zu kommen.

### Groß-Sirehlitz

H. Neue Kohlenföhrer. Die Gräulich-Schaffgöhrer Verwaltung, die in Delschow eine Föhrerei errichtet, hat dort durch Bohrungen mächtige Kohlenföhrer in 600 Meter Tiefe festgestellt.

H. Schwere Stürze. In Zarowitz stürzte der 16jährige Robert Weiber bei Malerarbeiten aus zwölf Meter Höhe ab. Er wurde schwer verletzt. — In Brzozowitz stürzte der Arbeiter Valentin Socha beim Bau des Gemeindefaßes aus dem dritten Stock ab. Er wurde ebenfalls schwer verletzt.

### Kreuzburg

Aus der Oberförsterei Bantau. Die Bantauer Oberförsterei beschlagnahmte dieses Frühjahr einige Arbeitslose. Als der Winterstich zu Ende war, entließ man sie. Für die Zeit vom 21. 2. bis 10. 4. 1930 verdienten die Proleten ganze 57 Mark. Umgerechnet diesen hohen Verdienst auf den Tag, so haben sie ganze 1,60 Mark verdient. Und von diesem „fürstlichen“ Lohn geht noch die sozialen Abzüge ab. Auch die ständigen Fortarbeiter klagen über schlechten Lohn. Auch sie verdienen 2 bis 3 Mark den Tag. Und dann erlaubt sich der Gemeindevorsteher B e c e r, der ein Stahlhelmann ist, zu sagen, daß die Arbeiter noch viel zu viel verdienen. Wir nehmen dies dem B. nicht übel, weil ja stadtbelannt ist, daß B. mit dem § 61. befreundet ist.

Die zwei in Dachhammer wohnenden Witwen durften bis zum vorigen Jahre ein Stückchen Garten bebauen. Dieses Jahr verbietet die Oberförsterei die Bebauung. Die Männer haben sich zu Tode gequält, den Witwen verbietet man sogar, sich ein bißchen Gemüse anzubauen. Das ist der Dank des Arbeitgebers. Jahrelang schufteten, bis man verreckt; nachher erhalten die Angehörigen noch einen Tribut.

Die Fortarbeiter sollten endlich erkennen, daß auch sie um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen müssen, daß sie sich gewerkschaftlich organisieren und unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf aufnehmen.

### Oppeln

#### Elektromeister Simon als Boxer

(Betriebskorrespondenz)

In der Zementfabrik, Werk Oppeln, gab der Elektromeister Simon dem Arbeiter Thomalla eine Arbeit auf. Thomalla, der dem Bademeister Wolfla unterstellt ist, weigerte sich deshalb der Aufforderung nachzukommen, wie er bemerkte, weil er nicht einmal mit seiner ständig zugewiesenen Arbeit fertig werde. Diese Antwort gab dem E. Veranlassung, um gegen Thomalla handgreiflich zu werden. Er verpackte ihm mehrere Holzstücke. Mit starken Dantabstürzungen an den Schienbeinen begab er sich zum Kassennarz. Dem Proleten, der eine ganze Reihe von Jahren in dieser Bude tätig war, drückte man bei der Abholung des Krankenscheines die Kündigungs in die Hand.

Damit glaubt man die Belegigkeit völlig mundtot machen zu können. Jeder, der aufmuckt, liegt auf die Straße. Jede Schikane der Ausbeuter sollen sich die Arbeiter ruhig gefallen lassen. Nein und abermals nein! Die noch nicht vollständig verheilte Belegigkeit sollte gegen diesen Betriebsterror, wie ihn die Verwaltung ausübt, ankämpfen. Nehmt nicht jede Schikane hin, sondern antwortet in proletarischer Art diesen Kapitalistenhunden. Heraus aus dem Betriebsrat, heraus aus dem Lager der Zementbarone, hinein in die rote Arbeiterfront. Tretet ein in den Fabrikarbeiterverband und führt den Kampf mit der revolutionären Opposition gegen Betriebsterror und Ausbeutung, für Verbesserung eurer Lage überhaupt.

#### Ein Beweis proletarischer Solidarität!

Ein Oppelner Genosse steht vermittelst Esperanto mit russischen Arbeitern in einem regen Briefwechsel. Dadurch erfahren die russischen Arbeiter, daß es dem Genossen wirtschaftlich sehr schlecht gehe, weil er aus der Erwerbslosenversicherung ausgeschieden, jetzt drei Mark pro Woche Wohlfahrtsunterstützung erhält und hierfür sechs Stunden Arbeit zu leisten habe. Sie veranstalteten unter sich eine Sammlung und sandten ihm am 10. Mai fünfzig Rubel zu.

Hier setzen wir wieder einmal, daß gerade beim russischen Arbeiter der Gedanke der Solidarität am stärksten verwurzelt ist.

#### Arbeiterkampf

Die zweite Mannschaft der „Freien Turnerschaft“ Oppeln weiste am Sonntag, dem 11. Mai, zu einem Freundschaftsspiel in Kreuzburg und spielte gegen die erste Mannschaft von „Vorwärts“ Kreuzburg. Spielverlauf: Kreuzburg hat Anstoß, dertselbe wird von Oppeln abgegangen und zu dem ersten Treffer für Oppeln verwandelt. Oppeln gelingt es noch einmal erfolgreich zu sein, während Kreuzburg bis zur Halbzeit ein Tor einzuenden kann. Halbzeit 2:1 für Oppeln. Nach der Pause ein ruhiges Spiel, das die ganze Zeit vorherrschend war. Oppeln ist überlegen und kann zweimal erfolgreich sein; 4:1 für Oppeln. Kreuzburg legt zehn Minuten vor Schluß ein Tempo los. Dieses ermöglicht, das Resultat auf 4:3 für Oppeln zu stellen. Sonntag findet das Rückspiel auf dem Diana-sportplatz um 14 Uhr statt. Alles kommt am 18. Mai auf den Platz.

Anschließend daran stieg ein Fußball-Verbandsspiel des SV. 1922 Biskupitz gegen Turn- und Sportverein „Vorwärts“ Kreuzburg. Bis zur Halbzeit konnte die Gäste den Ball zweimal ins Netz senden. Ein für Kreuzburg zugesprochener Elfmeter wegen Hand im Strafraum wurde dem Tormann in die Hände geschossen. Bei der Vorwärts-Mannschaft fehlte das Zusammenspiel des Innenstürmers. Nach der Pause konnte man bei den Kreuzburgern mehr Elfer feststellen, doch gelang es ihnen nur, ein Tor zu erzielen. Beim Stande von 3:1 für Biskupitz fand das Spiel sein Ende, und mit wohlverdientem Siege konnten die Gäste den Platz verlassen. Endresultat 3:1 für Kreuzburg.

H. Beim Badeln ertrunken. Als der 20jährige Elektriker Bernhard Kubny mit einem Freunde eine Badelbühnenfahrt unternahm, kenterte das Boot bei Salsau. Der des Schwimmens unkundige Kubny ertrank, während sich sein Freund retten konnte.

H. Ein Kind erstickt. Als das 1½jährige Kind des Jesungs-handlers Pawletta einen Apfel aß, blieb ihm ein Stück im Halse stecken. Sofort ärztliche Hilfe zur Stelle war, mußte das Kind jedoch sterben.

### Hindenburg

#### Muttertag und werktätige Frau

(Frauenkorrespondenz)

Wie alljährlich, so fand auch in diesem Jahre am vergangenen Sonntag der Muttertagstrummel statt. Träger dieses Kummels waren auch die politischen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten. Ihre Presse leitete den Muttertag mit wohlklingenden Phrasen ein. Der Muttertag für die Arbeiterfrauen ist nur eine Verhöhnung, weil auch durch solch einen Tag Not und Sorge nicht von ihnen genommen werden kann. Der kapitalistische Staat gibt vor, kein Geld für soziale Zwecke zu haben, während er aber für Rüstungen Millionen Steuergroschen herauswirft. Kein Schutz für Mutter und Kind in Deutschland. Der Schandparagraf 218 wird aufrechterhalten und fordert seine Opfer. Hunderte von Frauen wandern alljährlich ins Gefängnis. Aber tausende Frauen stehen infolge „amerikanischen“ Eingriffs daheim.

Werktätige Mütter! Der bürgerlich-sozialdemokratische Muttertagstrummel soll den Zweck haben, euch vorzugaukeln, wie schön es ist, Mutter zu sein. Ihr sollt dieser „Ordnung“ das Arbeitsvieh und das Kammerfütter für den kommenden Krieg gegen die Sowjetunion liefern. Darum erwacht und kämpft mit uns gegen diese „Ordnung“, für ein Arbeiterdeutschland, wo wahrer Schutz für Mutter und Kind sein wird.

### Hitler-Horden in Biskupitz

Ein Arbeiter schreibt uns: Für Sonntag, den 4. Mai, hatten die Hitlerianer in Biskupitz eine öffentliche Versammlung einberufen. In derselben wurden die alten Phrasen von der „Erneuerung Deutschlands“ verzapft. Nach Schluß wurde ein Tanztränzchen im Lokal Rusalla abgehalten. Am Abend lehrte ich in Begleitung von zwei Arbeitern in die Schankwirtschaft von Schaffrauel ein. Ich hatte nicht mal Ruhe, das Glas Bier auszutrinken, weil die anwesenden Hitlerbanditen mich belästigten. Auch gegen die übrigen Gäste benahmen sie sich aufreizend, und im Handumdrehen entstand eine Schlägerei. Der Wirt hat es nicht für notwendig befunden, die Polizei rufen zu lassen, sondern bot sich vielmehr als Helfer dem Faschistengefindel an. Mit den gefährlichsten Mordwerkzeugen wurde ein Arbeiter bearbeitet und brach zusammen. Die hinterher hinzugelommene republikanische Polizei krümmte diesen Mordtuben kein Haar, vielmehr schützte sie sie vor den Arbeiterhäuten.

Wegen dieses Vorfalls möchten wir den Proleten sagen, daß sie ab sofort dieses Lokal mit seinem Faschistennecht meiden. Keinen Pfennig darf man einen solch arbeitserföndlichen Gastwirt verdienen lassen. Wir erwarten, daß auch die Arbeiter unserer Aufforderung nachkommen werden.

### Bergat Baumann verbietet Holzabfälle mitzunehmen

(Arbeiterkorrespondenz)

Schubgrube, Mitte Mai. Der 8. Mai war ein großes Ereignis für die Schubgrube, weil Bergat Baumann des Abends in die Grube eingefahren ist. Seine Lakaien, die sich nicht schnell verduften konnten, hatten in strammer Haltung, wie auf dem Kasernenhof, ihre Rapporte abgegeben. Kurz vor Schluß traf Bergat Baumann einige Proleten, die Deputat (Klozet) unter dem Arm getragen haben. Als Aktionär der Preußag kann er es nicht dulden, daß Arbeiter für den Tagesbedarf etwas Holz mitnehmen. Sofort hatte er den Holzabfällen Steiger angeordnet, sämtlichen Proleten den

# Niederschlesien

## Die große Reichsbanner-Weite

Das für den 10. und 11. Mai in Danzig mit großem Pomp angekündigte Reichsbanner-Gauleitersfest, gesteuert durch den ungeliebten Paradedirektor, des Mutigen Dr. Ring, zu einer großen Weite. Gewöhnlich kündigten die hiesigen Reichsbannerleute eine Versammlung von 5000 Mann an. Nun etwas über den Verlauf dieser „Mahnungsbewegung“ selbst. Trotz wiederholter Anforderung zum Aufbruch durch die Gauleitersfronten, wurde diese nur von drei bis vier unentwegten, vielleicht gar auf einen eventuellen Vorkrieg wartenden Parteipublikanen besetzt. Schon der großangelegte Empfang des Mut-Dörings wurde zum ersten Glas. Zum Massenempfang hatte sich die Danziger Ortsgruppe in Stärke von acht Mannern (!) und circa 50 Reichsbannerleuten aus Pleschitz eingefunden.

Die Arbeitererschaft blieb diesem Hummel gänzlich fern. Nach Abschreiten der „Ehrenkompanie“ bestieg Döring, ganz nach nationalsozialistischem Muster eine eigens für ihn bestellte „Equipe“ mit dazugehörigem Kutcher in Felle (!) und Diener. Dann erfolgte dieser Luftzug, ohne von der Bevölkerung beachtet zu werden, über den Ring bis zum Hotel „Arionprinz“, dem Vergnügungsort der hiesigen Deutschnationalen. Hier stieg nun der Würdenträger des Reichsbanners ab, um sich bei gutem Essen und Getränken von seiner ersten Wagnis zu erholen. Und die Reichsbannerarbeiter? Sie machten recht lange Gesichter ab dieser Enttäuschung, und einem Teile schon das proletarische Ehrgefühl die Schamröte ins Gesicht, und sie verließen die Reihen. Der Rest, die Unentwegten, wurden ins sozialdemokratische Volkshaus geleitet. Döring zog es vor, sich nicht an dem darauf folgenden sogenannten „Sommer“ im Volkshaus zu beteiligen.

er fühlte sich unter seinen deutschnationalen Koalitionsfreunden im Hotel „Arionprinz“ wohler.

Der 11. Mai sah nun das Reichsbanner in „Massenfront“. Wenn sie schon in ihrer Gauleitersfront zugeben mußten, daß das Reichsbanner einen Mitgliedererwerb zu verzeichnen habe, so sollte dies der sogenannte „Massenaufmarsch“ am Nachmittag nachdrücklich beweisen. Die Massen waren ausgiebig, und um den Zug zu verlängern und die Arbeitererschaft über ihre Schwäche hinwegzutäuschen, kam man auf den genialen Einfall, den Umzug auf Fahrrädern durchzuführen.

An diesem Gauleitersfest beteiligten sich nun ganze fünf Gruppen und circa 150 Mannern auf Fahrrädern, ohne Höring, der immer noch im Hotel verweilt.

Erst auf dem Ringe hielt dieser seine fünf-Minuten-Programmrede, in der er sich nicht verkneifen konnte, gegen die ihm verhasste „Einheitsfront“ zu gehen. Außer den gut 200 Reichsbannerleuten hatte sich noch ein Teil der nationalen Bevölkerung eingefunden, der mit begeistertem Hörings Beifall auf das „geliebte deutsche Vaterland“ eintrug. Auch hier konnten wir wieder feststellen, daß ein Teil der Reichsbannerarbeiter sich mit Eifer von solch einem Aufzuge abwendete und den Zug verließ. Auch Höring schwankte mit seiner Rede wieder ab in sein vor Protektionen sicheres Eldorado „Arionprinz“.

Reichsbannerorden, sozialdemokratische Arbeiter! So sehen eure Führer aus. Diese führen euch auf Befehl der Bourgeoisie in die Front des Nationalsozialismus. Jetzt ist zum Teufel, diese Ver-

räter an der Arbeiterklasse, und kämpft mit uns in der kommunistischen Partei gegen den Sozial- und Nationalsozialismus.

**Görlitz**  
**Heraus zur öffentlichen Versammlung!**  
am Freitag um 20 Uhr im Konzerthaus. Es spricht die von der Sozialdemokratie zur SPD. übergetretene Reichstagsabgeordnete Marie Neefe, Hannover, über das Thema: „Das wahre Gesicht der SPD.“ Agitiert für Massenbesuch.

Vorher  
Antreten zur Demonstration um 18,30 Uhr am Nikolaigraben!

Selbstmord auf der Chaussee. Auf der Chaussee nach Hermsdorf bei Görlitz erschlug sich der Gießereiarbeiter Max Ammendorf.

**Grünberg**  
**Aus der Stadtverordnetenversammlung**

Am Dienstag fand wieder eine Stadtverordnetenversammlung statt und sollte unter anderem auch der Entbehrungsbeitrag 1030 angenommen werden. Nachdem schon einige Punkte debattiert worden waren, kam es beim Punkt Hundesteuer bereits zu kleinen Auseinandersetzungen. Etwas heftiger, vor allem für die SPD, war schon der nächste Punkt: Geländekauf der „Gemeinnützigen Baugenossenschaft“. Der Magistrat hatte pro Quadratmeter 2,10 Mark verlangt. Genosse Fritz Laube stellte den Antrag, das Gelände zum Preise von 1,50 Mark abzugeben. Aber Brandt (sozialdemokratischer Gewerkschaftsangehöriger) stellte den Antrag, die Summe abzurufen von 2,10 auf 2,— Mark (!). Die Abstimmung

ergab eine Mehrheit für 2,10 Mark. Die SPD stimmte mit Mehrheit für 2 Mark. Nur ein paar „Kleine“ waren für 1,50 Mark. Brandt (SPD) wollte sogar gar nicht über 1,50 Mark abstimmen lassen. In dem Verhalten zu dieser Vorlage ist das wahre Gesicht der SPD, wie sie es überall prägt, zu sehen. Den Lindauer und Brandt sieht es ja nicht so schwer, höhere Mieten aufzubringen, da sie sich ja das Gehalt bei den proletarischen Organisationen gesichert haben. Was geht es ihnen an, wenn die Proleten mehr als 40 Mark pro Monat Miete zu zahlen haben bei der „Gemeinnützigen“ Baugenossenschaft?

Als nächster Punkt kam der Hungerlohn oder wie ihn Herr Bürgermeister Buße nannte, „Entbehrungsbeitrag“ (bei 28.000 Mark Jahresgehalt) an die Reichsregierung und an die Spitzen der örtlichen Industrie. Die Genossen Möbus und Fritz Laube gaben die Erklärung ab, daß sie zu den einzelnen Punkten des Entbehrungslohn nehmen werden und den kapitalistischen Hungerlohn entlarven werden. Dem Vorsitzenden Lindauer waren die Ausführungen zuviel und er läutete dauernd mit der Glode. Genosse Laube ließ sich aber nicht beirren und führte seine Ausführungen bis zu Ende durch. Hierauf wurde der Antrag angenommen, den Etat in der nächsten Sitzung, die am Montag, dem 10. d. M., stattfindet, zu beraten. Genosse Laube stellte noch einige Anträge. Unter anderem wie es möglich sei, daß der Bau des Theaters weitergeführt würde, da doch die Stadtverordneten beschlossen hätten, den Bau sofort einzustellen. Oberbürgermeister Buße meinte, daß die Finanzfragen geklärt wären und es auch ein Teil der Bürgererschaft wünsche, daß der Bau ausgeführt werde. Darauf wurde die Versammlung einfach geschlossen. Die Arbeiter müssen in der nächsten Sitzung stark vertreten sein, um dem Rathhandel mit beizuhelfen.

**Neusalz**  
Ertrunken. In der Höhe der Einmündung des Landgrabens stürzte der Steuermann Josef Mendisch aus Breslau von einem Stromaufwärts fahrenden Schlepplag in die Oder und ertrank im Strom. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

## Neues Ausschluß-Verbrechen in Sagan

### Genosse Gropp aus dem Metallarbeiterverband ausgeschlossen

Die Kollegen des Metallarbeiterverbandes gaben sich in Gemeinschaft mit allen übrigen Spaltern anlässlich der Betriebsratswahl bei der Firma Ros-Löw-Beer die erdenklichste Mühe, die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu bereinigen. Den ausgefallensten Kandidaten drohte man mit Ausschluß aus ihrer Organisation, erwähnte besonders, daß damit auch ihre Unterstellungen sowie sämtliche Organisationsrechte fortzufallen würden. Ja man deutete sogar an, daß sie

Wie schon seinerzeit mitgeteilt, erreichte Genosse Gropp durch sein Standhalten 185 Stimmen. Dafür wurde er von den Sozialsozialisten (gezeichnet K u h n i) mit dem Ausschluß bedroht.

Das ist die Art jener Leute, die der Opposition etwas von Spaltungsarbeit erzählen wollen. Wieder mit den sozialdemokratischen Spaltern! Kämpft für die rote Einheit!

auch ihre Arbeit verlieren würden. Mit diesen handgemeinen Drohungen erreichten sie, daß sich vier Kandidaten von der Liste streichen ließen. Ein Kandidat wurde nicht anerkannt, da er laut Betriebsratsgesetz erst drei volle Jahre im Betrieb tätig sein müsse. Somit verblieb Genosse Gropp als einziger Kandidat auf der Liste. Auch spielten hierbei die Brandlerianer eine beachtliche Rolle, denn sie gingen mit der Gewerkschaftsbürokratie durch und dünn. Sie forderten sogar durch Herausgabe eines Flugblattes auf: „Alles gibt seine Stimme den Freien Gewerkschaften.“

**Immer schönes Haar!**  
**Schwarzkopf Schaumpon**  
Extra mit Haarglanz-Silber 30g

**Moderne Frühjahrs-Kleidung** für Herren, Knaben u. Mädchen  
**Chorinsky & Jacobsohn**  
Reusche-Str. 60/61  
Mitglied der Kunden-Kredit G. m. b. H.

**Stadttheater Breslau**  
Opernhaus  
Spielplan vom 10. bis 18. Mai  
Donnerstag, 20 Uhr  
Abonnement-Vorstellung Serie E 19  
**Ein Mastenball**  
Freitag, 20 Uhr  
Abonnement-Vorstellung Serie C 19  
**Gabrielis rusticana** hierauf:  
**Der Hajojo**  
Sonnabend, 20 Uhr  
**Der Gigantbaron**  
Sonntag, 20 Uhr  
**Der Kreuzabwurf**

**Pfänderversteigerung**  
im Versteigerungsraum  
**Berliner Platz 2**  
am Donnerstag, dem 22. Mai  
vormittags 9 Uhr  
gelbe Scheine bis Nr. 20.000  
Einlosharten sind am Vortage gegen  
Bietungslaution von Mk. 20.— im Ver-  
kaufsraum abzuholen.  
**Gemeinnütziges Pfandleihhaus**  
der Stadt Breslau G. m. b. H.  
E m e s, Direktor.

**Gustav Putzke, Breslau**  
Kletschkastr. 15 u. Bendorplatz 12  
die billige Einkaufsquelle in  
**ff. Fleisch- u. Wurstwaren**

**Liegeühle**  
von Holz und Rohrgeflecht  
**Balkon- und Gartenmöbel**  
Gartenschirme, Rollwände  
Große Auswahl, preiswert u. gut  
Listen kostenlos  
**Herz & Ehrlich K.-G.**  
Breslau, Ring 25

**Arbeitsbrosen**  
von 4.30 bis 24 Uhr  
Selbstanfertigung,  
da Konkurrenzlos  
Breslau  
**Burgstraße 7**  
Krywalski

**Möbel**  
Schlaf-, Speisezimmer,  
Wohnzimmer, Küchen  
auf  
**Kredit**  
auch Einzelmöbel,  
Schränke, Vertikals,  
Bettstellen usw. zu  
niedrigsten Preisen.  
**Dawid**  
Friedr.-Wilh.-Str. 9

**RUBA SEIFE**  
Wer Ruba-Seife kennt,  
kein andere mehr verwendet!  
HERSTELLER:  
RUBA-WERKE, RUDOLPH BALHORN  
BRESLAU 13

**Radrennbahn Grünzische**  
Freitag, d. 16. Mai abds. 8 Uhr  
bei elektrischer Beleuchtung  
**Großer Oderpreis**  
**Wilmelster Pallard**  
am Start  
Ferner: **Möller**  
**Krewer**  
**Bederichs**  
**Loholl**  
**Haller**  
Berufsfliegerrennen  
Amateur-Vereins-  
Mannschaftsrennen  
Verantwortl.: A. Anschütz-Kalen

**Herzberg & Co.**  
Höfchenstraße 48 Bücherplatz 17  
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 54  
Seienkestraße 17 Michaelstr. 3  
bieten an:  
Vom Faß gegen Kasse  
Breslauer . . . 32% = 2,85  
Weinbrand-Vorschnitt . . . 38% = 3,45  
Weinbrand echt . . . 38% = 4,40  
Garantiert aus reinem franz. Wein  
Jam.-Rum-Vorschnitt . . . 3,70  
Himbeersaft . . . per Liter 1,35  
(1 Liter über 2½ Pfund)  
96% Prima Spirit . . . per Liter 7,00  
Tafel-Liköre einschl. Flasche  
Meisterwerke der Destillierkunst  
Caracas, Goldwasser, Bittermandel,  
Orme de Cacao, Sassafras, Absinth,  
Pechschokolade, Rye, Prunelle, Sherry  
Brandy, Marils, Tafia, Kahl und  
Kahl etc.

Kauff bei  
**Blasse**  
ist billig!  
**BRESLAU**  
Nur Graupenstraße 6/10

**Pfänder-  
Auktion**  
Freitag, 16. Mai  
Pfandleihhaus  
Grundmann  
Trebniitzer Str. 21

**Partei-  
genossen!**  
**Beachtet!**  
bei allen Einkäufen  
immer nur unsere  
**Insertenten!**

**Fahrräder  
und Ersatzteile**  
In bester Qualität sehr preiswert  
**Fahrradhaus Jettke**  
Bischofstraße 3.

**Haus für Eisenwaren  
u. Küchengeräte**  
Solinger Stahlwaren  
Werkzeuge  
**OTTO FRIEDRICH**  
Tautenzienstr. 173 u. 178

**Hausfrauen!**  
**Wir marschieren mit** und geben bei allen Einkäufen die 8% ige  
-Rabattmarke. Diese Rabattmarke wird nicht nur in den Lebensmittelgeschäften,  
sondern auch in einer großen Anzahl Geschäfte anderer Branchen verausgabt, die kenn-  
lich gemacht sind durch das nebenstehende -Plakat. Für die Einlösung bürgt die  
**Edeka-Großhandel Breslau G. m. b. H.**